

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung, des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter sowie des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 7 Absätze 2 bis 4, abgeändert durch die Dekrete vom 2. März 2015, 10. Dezember 2020 und 15. Dezember 2021, Artikel 8 §1 Absatz 2 und §3 Nummern 1 bis 3, Artikel 9 Absatz 2, Artikel 10 §2 Nummern 2 und 3, Artikel 10.1 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 22. Mai 2023, Artikel 12 Absätze 2 und 3, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, Artikel 16 Absatz 3, Artikel 16.2 §2 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, sowie Artikel 16.4 §2 Absatz 4, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015;

Aufgrund des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung, Artikel 18 und Artikel 47;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. [Nummer] vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 22. MAI 2014 ÜBER DIE DIENSTE UND ANDERE FORMEN DER KINDERBETREUUNG

Artikel 1 – Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. Kinderbetreuung: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets die regelmäßige Betreuung von Kindern in festgelegten Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten, mit Ausnahme der Aktivitäten, deren Hauptzweck Bildung oder Unterricht, Jugend, Jugendhilfe, Kultur, Tourismus oder Sport ist;“

2. In Nummer 6 wird zwischen die Wortfolge „Tagesmütter/-väter“ und das Wort „gewährleistet“ die Wortfolge „und/oder Kinderbetreuer in Heimarbeit“ eingefügt.

3. Folgende Nummer 7.1 wird eingefügt:

„7.1 Kinderbetreuer in Heimarbeit: in der Kinderbetreuung tätige Person, die im Auftrag eines Tagesmütterdienstes, im Rahmen eines Arbeitsvertrags oder als statutarisches Personalmitglied, vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;“

4. Nummer 10, aufgehoben durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt wieder eingeführt:

„10. Co-Initiative für Kleinkindbetreuung: Dienstleister, der Kleinkindbetreuung in kollektiver Form gewährleistet und eine Aufnahmekapazität von höchstens zwölf Plätzen besitzt;“

5. Nummer 13 wird wie folgt ersetzt:

„13. Zentrum für Kinderbetreuung: das durch das Dekret vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung geschaffene Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung;“

6. Nummer 20, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„20. Onlineportal: eine den Dienstleistern sowie den Erziehungsberechtigten von der Regierung zur Verfügung gestellte digitale Plattform der Kinderbetreuung. Es dient zur Information der Erziehungsberechtigten, zur Anfrage, Verwaltung und Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen sowie zur Kontrolle der Anerkennungs- und Bezuschussungsbedingungen.“

Art. 2 – Artikel 7 §2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

„6. ein Vertreter des Zentrums für Kinderbetreuung.“

Art. 3 – Artikel 9 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge „Anerkennung von“ und die Wortfolge „selbstständigen Tagesmüttern/-v Vätern“ die Wortfolge „Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung,“ und zwischen die Wortfolge „konventionierten Tagesmüttern/-v Vätern“ und das Wort „betreffen“ die Wortfolge „oder die Kinderbetreuung durch Kinderbetreuer in Heimarbeit“ eingefügt.

2. §3 wird aufgehoben.

Art 4 – Artikel 10 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 10 – Die in den Artikeln 72 §2 Absatz 3, 74 Absatz 1, 76 §1, §2 Absatz 1, §3 und §4, 93 §1 Absatz 1, 94, 94.1, 116.1 §2 Absatz 1, 135 §1 Absätze 1 und 2 sowie 193 festgelegten Beträge sind an die Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 gebunden.“

Die in den Anhängen 1 und 2 festgelegten Grenzbeträge des Einkommens werden aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat Dezember des betroffenen Einkommensjahres angepasst.

Die in Artikel 85.1 und in den Anhängen 1 und 2 festgelegten Sätze der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten werden jährlich im Juli aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat Dezember des Vorjahres angepasst.“

Art. 5 – Artikel 12 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 12 – Die Dienste der Kinderbetreuung sorgen dafür, dass für die in Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Personen, die von ihnen beauftragt wurden, vor Beginn ihrer Tätigkeit die dort erwähnten Unterlagen vorliegen.“

Art. 6 – Artikel 13 Nummer 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„2. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachzuweisen oder sich vertraglich zu verpflichten, einen solchen Kurs binnen eines Jahres nach Beginn der Tätigkeit zu absolvieren. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert. Die in Artikel 88 §5 erwähnten Diplome und Zertifikate gelten während zwei Jahren nach Erhalt als abgeschlossener Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder.“

Art. 7 – In Artikel 15 Absatz 2 Nummer 11 desselben Erlasses wird die Wortfolge „Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung“ durch die Wortfolge „Beeinträchtigung oder psychischer Störung“ ersetzt.

Art. 8 – Artikel 18 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 18 – Unbeschadet der Artikel 154 und 174 findet das vorliegende Kapitel ausschließlich Anwendung auf die Kinderkrippen, Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung und Standorte der außerschulischen Betreuung, mit Ausnahme der Standorte der außerschulischen Betreuung, die die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleisten.“

Art. 9 – Artikel 20 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 20 – Die Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfindet, und alle Räume, die den Kindern zugänglich sind, erfüllen folgende Kriterien:

1. insofern nicht weiter definiert, entspricht die Größe der Räumlichkeiten der Anzahl betreuter Kinder, sodass diese sich frei bewegen können;
2. es ist ein Schlaf- und Ruhebereich vorgesehen;
3. an den Betreuungsorten, an denen Mahlzeiten für die Kinder vorbereitet werden, ist eine Küchenzeile mit Spüle, Herd und Kühlschrank vorgesehen;
4. die Räume sind mit dem für die Betreuung erforderlichem Mobiliar und ausreichendem Spielmaterial ausgestattet;
5. die Räumlichkeiten befinden sich in einem guten Zustand und werden entsprechend gehalten;
6. die Betreuer sind in den Räumen telefonisch erreichbar.“

Art. 10 – Artikel 21 Absatz 2 Nummer 1 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 11 – In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 28.1 eingefügt:

„Art. 28.1 – Die Dienste der Kinderbetreuung weisen die Erziehungsberechtigten darauf hin, dass kranke Kinder nur dann betreut werden können, wenn keine Ansteckungsgefahr für die anderen betreuten Kinder besteht.

Die Dienste der Kinderbetreuung können im Zweifelsfall ein medizinisches Attest verlangen, das bestätigt, dass das betroffene Kind keine Ansteckungsgefahr für die anderen betreuten Kinder darstellt.“

Art. 12 – In Artikel 30 desselben Erlasses wird die Wortfolge „, die ihnen durch den Fachbereich ausgehändigt werden, und leiten sie an die Erziehungsberechtigten weiter“ gestrichen.

Art. 13 – In Titel 2 Untertitel 1 Kapitel 4 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird folgender Abschnitt 4.1, der die Artikel 31.1 bis 31.3 enthält, eingefügt:

„Abschnitt 4.1 – Priorisierungskriterien bei der Vergabe der Betreuungsplätze

Art. 31.1 – Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Dienste anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden, sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung.

Art. 31.2 – §1 - Bei der Vergabe von Betreuungsplätzen berücksichtigen die Dienste der Kinderbetreuung die Betreuungsanfragen in folgender Reihenfolge:

1. Anfragen der Zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption oder des für die Jugendhilfe und den Jugendschutz zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der einvernehmlichen oder gerichtlichen Jugendhilfe, der Pflegschaft oder des Jugendschutzes;

2. Anfragen für Kinder, die im deutschen Sprachgebiet als Schüler im Regel- oder Fördergrundschulwesen eingeschrieben sind;

3. Anfragen von Antragstellern, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;

4. Anfragen von Antragstellern, die im deutschen Sprachgebiet eine Tätigkeit als Arbeitnehmer, statutarisches Personalmitglied oder als Selbstständiger ausüben oder wenn der Partner, der denselben Wohnsitz wie der Antragsteller hat, eine dieser Tätigkeiten im deutschen Sprachgebiet ausübt;

5. Anfragen für Geschwister von Kindern, die bereits durch denselben Dienst der Kinderbetreuung betreut werden;

6. Anfragen von Antragstellern, die ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben, die für den betroffenen Dienst der Kinderbetreuung das mögliche Defizit ganz oder teilweise trägt;

7. Anfragen in chronologischer Reihenfolge.

Als Wohnsitz gilt der Ort, an dem eine Person den in Artikel 1 §1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente ihren Hauptwohnnort hat oder an dem sie gemäß Artikel 1 §2 desselben Gesetzes ihre Bezugsadresse hat.

Für die in Absatz 1 Nummer 4 erwähnte Tätigkeit als Arbeitnehmer oder als statutarisches Personalmitglied gilt die Niederlassungseinheit oder, falls diese Angabe nicht verfügbar ist, der Betriebssitz als Ort der Tätigkeit.

Für die in Absatz 1 Nummer 4 erwähnte Tätigkeit als Selbstständiger gilt die Gemeinde, in der die Tätigkeit hauptsächlich ausgeführt wird, als Ort der Tätigkeit.

§2 – Bei der Priorisierung der Platzvergabe ist jeweils die Situation zum Zeitpunkt der Anfragestellung ausschlaggebend.

In Abweichung von Absatz 1 ist für die Anwendung von §1 Absatz 1 Nummer 5 die Situation zum beantragten Beginn der Betreuung ausschlaggebend.

Art. 31.3 – In Abweichung von Artikel 31.2 berücksichtigen die Dienste der Kinderbetreuung bei der Vergabe von Betreuungsplätzen für die Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung an Ferientagen die Betreuungsanfragen in folgender Reihenfolge:

1. Anfragen der Zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption oder des für die Jugendhilfe und den Jugendschutz zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der einvernehmlichen oder gerichtlichen Jugendhilfe, der Pflegschaft oder des Jugendschutzes;
2. Anfragen in chronologischer Reihenfolge.“

Art. 14 – Artikel 32 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 32 - Sind die Dienste der Kinderbetreuung gemäß Artikel 7 Absätze 2 und 3 des Dekrets oder anderer Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verpflichtet, die Sicherheit der Räumlichkeiten der Kinderbetreuungsstellen durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten zu belegen, reichen diese Dienste der Kinderbetreuung in folgenden Situationen bei dem Fachbereich erneut ein solches positives Brandschutzgutachten, welches nicht älter als sechs Monate ist, zu den Räumlichkeiten ein, in denen die Betreuung stattfindet:

1. mindestens alle sechs Jahre nach Inkrafttreten der Anerkennung;
2. bei jeder maßgeblichen Änderung an der Gebäudestruktur der Betreuungsstelle;
3. jederzeit auf Anfrage des Fachbereichs.“

Art. 15 – Artikel 37 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 7 wird das Wort „Infrastruktur“ durch das Wort „Räumlichkeiten“ ersetzt.

2. §1 Absatz 2 Nummer 16 wird aufgehoben.

3. §2, abgeändert durch den Erlass der Regierung 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„§2 – Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Dienstes der Kinderbetreuung, der gemäß Artikel 7 Absätze 2 und 3 des Dekrets oder anderer Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verpflichtet ist, die Sicherheit der Räumlichkeiten seiner Kinderbetreuungsstellen durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten zu belegen, ist zudem dieses Brandschutzgutachten beizufügen, welches nicht älter als sechs Monate ist, zu den Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfinden soll.

Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Tagesmütterdienstes, sind zudem folgende Unterlagen und Angaben beizufügen:

1. das in Artikel 58 erwähnte Verfahren zur Prüfung der Eignung der Kandidaten, die eine Zulassung als konventionierte Tagesmütter/-väter beantragen;
2. die beantragte Anzahl der konventionierten Tagesmütter/-väter und der Kinderbetreuer in Heimarbeit, die im Auftrag des Tagesmütterdienstes arbeiten können;
3. die Beschreibung der Zusammenarbeit mit den konventionierten Tagesmüttern/-v Vätern.

Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung einer Kinderkrippe ist zudem ein Gutachten der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben in Bezug auf die Einhaltung der geltenden Vorschriften im Bereich der behindertengerechten Gestaltung der Räumlichkeiten der Kinderkrippe beizufügen.“

4. §2.1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird aufgehoben.

5. §3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 16 – Artikel 38 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 17 – Artikel 42 §1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „16“ durch die Angabe „§2 Absatz 1“ ersetzt.
2. In Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „Infrastruktur“ durch das Wort „Räumlichkeiten“ ersetzt.

Art. 18 – In Artikel 43 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „Infrastruktur“ durch das Wort „Räumlichkeiten“ ersetzt.

Art. 19 – Artikel 47 §1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „16“ durch die Angabe „§2 Absatz 1“ ersetzt.
2. In Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „Infrastruktur“ durch das Wort „Räumlichkeiten“ ersetzt.

Art. 20 – In Artikel 48 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „Infrastruktur“ durch das Wort „Räumlichkeiten“ ersetzt.

Art. 21 – Artikel 51 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 51 – §1 – In Abweichung von den Artikeln 49 und 50 kann der Minister einen Dienst der Kinderbetreuung oder eine seiner Kinderbetreuungsstellen in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

1. aus volksgesundheitlichen Gründen;
2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;
3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Der Minister entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die vorläufige Schließung des Dienstes oder einer seiner Kinderbetreuungsstellen hat die Aussetzung der Anerkennung des Dienstes für die Dauer der vorläufigen Schließung zur Folge.

§2 – Der Minister teilt dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung seinen Beschluss zur vorläufigen Schließung unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Der Dienst kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur vorläufigen Schließung oder beendet sie. Der Minister teilt dem betroffenen Dienst seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief

mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.

Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die vorläufige Schließung des Dienstes oder einer seiner Kinderbetreuungsstellen.

§3 – Der Minister teilt dem Dienst zeitgleich mit der in §2 Absatz 2 erwähnten Bestätigung des Beschlusses beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung, nach Ablauf der in §2 Absatz 1 erwähnten Frist, eine Frist zur Behebung der Umstände mit, die zur vorläufigen Schließung geführt haben.

Der Minister kann die in Absatz 1 erwähnte Frist zur Behebung der Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, verlängern.

Behebt der Dienst innerhalb der vom Minister festgelegten Frist die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, beendet der Minister die vorläufige Schließung umgehend. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung des Dienstes.“

Art. 22 – Artikel 52 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird die Wortfolge „Aussetzung der Anerkennung gemäß Artikel 51 §1 Absatz 4“ durch die Wortfolge „vorläufigen Schließung gemäß Artikel 51 §2 Absatz 2“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird zwischen das Wort „Anerkennung“ und den Punkt die Wortfolge „oder zur Bestätigung des Beschlusses zur vorläufigen Schließung beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung gemäß Artikel 51 §2 Absatz 1, nach Ablauf der dort erwähnten Frist“ eingefügt.

Art. 23 – Artikel 53 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Kommt der Dienst der Kinderbetreuung nach Ablauf der Dauer der in Artikel 50 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach oder wurden die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, nach Ablauf der in Artikel 51 §3 erwähnten Frist nicht behoben, kann der Minister nach einem Gutachten der Inspektion die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung entziehen.“

Art. 24 – Artikel 59 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 59 – Das Zentrum für Kinderbetreuung gilt von Rechts wegen als Tagesmutterdienst anerkannt.“

Art. 25 – Artikel 60 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 60 – §1 – Der Tagesmutterdienst sorgt für die Einhaltung der in Titel 3 und 4 aufgeführten Bestimmungen.

Der Tagesmutterdienst beauftragt für die Kinderbetreuung ausschließlich konventionierte Tagesmütter/-väter, die gemäß Titel 3 zugelassen wurden, oder Kinderbetreuer in Heimarbeit.

Beauftragt der Tagesmutterdienst konventionierte Tagesmütter/-väter, schließt er hierfür eine schriftliche Vereinbarung mit diesen ab.

§2 – Der Tagesmutterdienst kann unter folgenden Bedingungen eine außerschulische Betreuung organisieren:

1. der Auftrag der Kleinkindbetreuung wird vorrangig erfüllt;

2. die Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, werden für jede/n konventionierte/n Tagesmutter/-vater eingehalten;

3. die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann sich frei für das Anbieten von außerschulischer Betreuung entscheiden.“

Art. 26 – In Artikel 61 Nummer 5 desselben Erlasses wird die Wortfolge „und das in Artikel 133 erwähnte Betreuungskapital“ gestrichen.

Art. 27 – Artikel 62 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. §1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Der Tagesmütterdienst verfügt mindestens über sozial-pädagogisches Fachpersonal gemäß nachfolgender Tabelle:

Anzahl Kinderbetreuer in Heimarbeit und zugelassene konventionierte Tagesmütter/-väter	Anzahl Vollzeitäquivalent sozial-pädagogisches Fachpersonal
1-18	1 ½
19-24	2
25-30	2
31-36	2 ½
37-42	3
43-53	3
54-59	3
60-65	3 ½
66-71	3 2/3
72-77	4
78-83	4 ½
84-89	4 2/3
90-95	5
96-101	5 ½
102-107	5 2/3
108-113	6

Für die Berechnung des Personalschlüssels wird die Höchstanzahl Kinderbetreuer in Heimarbeit und zugelassener konventionierter Tagesmütter/-väter des jeweiligen Kalenderjahres berücksichtigt.“

2. §2 wird aufgehoben.

Art. 28 – Artikel 63 Absatz 2 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 29 – In Artikel 65 Absatz 1 desselben Erlasses wird zwischen die Wortfolge „konventionierten Tagesmüttern/-väter“ und das Wort „erfolgt“ die Wortfolge „und die Kinderbetreuer in Heimarbeit“ eingefügt.

Art. 30 – In Artikel 66 desselben Erlasses wird zwischen die Wortfolge „konventionierten Tagesmutter/-vaters“ und den Punkt die Wortfolge „oder eines Kinderbetreuers in Heimarbeit“ eingefügt.

Art. 31 – Artikel 68 §1 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 32 – In Artikel 72 §3 Absatz 1 desselben Erlasses wird das Wort „kumulative“ gestrichen.

Art. 33 – Artikel 73 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „einschließlich der in Artikel 85 §2 vorgesehenen Gebühr,“ gestrichen.

2. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Behinderung“ durch das Wort „Beeinträchtigung“ ersetzt.

Art. 34 – Artikel 75 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 35 – Artikel 76 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. §1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Für die Kosten der Organisation der in Artikel 125 erwähnten Weiterbildung der konventionierten Tagesmütter/-väter und der in Artikel 14 erwähnten Weiterbildung des sozial-pädagogischen Fachpersonals sowie für die Kosten der Anschaffung von pädagogischem Material erhält der Tagesmütterdienst einen Zuschuss von höchstens 5.486,95 Euro. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt erst, nachdem der Fachbereich die eingereichten Belege geprüft hat.“

2. In §2, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „kumulativer“ gestrichen.

3. §4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„§4 – Für die Kosten, die anfallen, um den konventionierten Tagesmüttern eine mobile Internetverbindung im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit dem Tagesmütterdienst bereitzustellen, erhält der Tagesmütterdienst einen Zuschuss von höchstens 5.169,44 Euro. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt erst, nachdem der Fachbereich die eingereichten Belege geprüft hat.“

Art. 36 – In Artikel 79 desselben Erlasses wird zwischen das Wort „werden“ und den Punkt die Wortfolge „, sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung“ eingefügt.

Art. 37 – Artikel 80 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 3. September 2015, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 80 – Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts gilt:

1. bei der Kleinkindbetreuung:

a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als zehn Stunden pro Tag;

b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als fünf Stunden pro Tag;

c) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von zehn Stunden oder mehr pro Tag;

2. bei Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung:

a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als zehn Stunden pro Tag;

b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von drei Stunden oder mehr, aber weniger als fünf Stunden pro Tag;

c) Dritteltagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als drei Stunden pro Tag;

d) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von zehn Stunden oder mehr pro Tag.“

Art. 38 – In Artikel 81 §1 Absatz 1 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird die Wortfolge „Der Tagesmütterdienst sorgt“ durch die Wortfolge „Unbeschadet des Artikels 85.1 sorgt der Tagesmütterdienst“ und die Wortfolge „im Anhang“ durch die Wortfolge „in Anhang 1“ ersetzt.

Art. 39 – Artikel 82 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 82 – §1 – Die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten erfolgt in Form einer zu zahlenden Tagespauschale gemäß der im Anhang 1 aufgeführten Tabelle.

Die Kostenbeteiligung deckt nicht die Kosten für Diätkost, Biokost, Medikamente, Windeln, Milchpulver und spezifisch von den Erziehungsberechtigten gewünschte Produkte.

§2 – Der anwendbare Satz der in §1 erwähnten Tagespauschale wird wie folgt berechnet:

1. für eine Ganztagsbetreuung: 100%;
2. für eine Halbtagsbetreuung: 60%;
3. für eine Dreiertagsbetreuung im Rahmen außerschulischer Betreuung: 40%;
4. für eine Langzeitbetreuung: 160%.

In Abweichung von Absatz 1 sind folgende Beteiligungssätze für die Kinderbetreuung anwendbar:

1. bei Familien, die mindestens zwei Kinder unter drei Jahren steuerlich zu Lasten haben, beträgt die Beteiligung 70% pro Kind;
2. bei Familien, die mindestens drei Kinder steuerlich zu Lasten haben, beträgt die Beteiligung 70% pro Kind;
3. für Kinder, die einen Zuschlag zum Kindergeld für Kinder mit einer Beeinträchtigung erhalten, beträgt die Beteiligung 70%.

Als Familie gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels die volljährigen Haushaltsmitglieder, deren Einkommen gemäß Artikel 83 §1 Absätze 1 und 2 für die Berechnung der Kostenbeteiligung berücksichtigt werden.“

Art. 40 – Artikel 83 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 83 – §1 – Die Kostenbeteiligung wird aufgrund der kumulierten Einkommen der volljährigen Haushaltsmitglieder des Antragstellers berechnet.

Verfügen mehr als zwei volljährige Haushaltsmitglieder über Einkommen werden die zwei höchsten Einkommen berücksichtigt.

Als Einkommen gilt für die Anwendung des vorliegenden Artikels das global steuerpflichtige Einkommen des Steuerbescheids in Bezug auf die Einkommensteuern. Der Tagesmüttersdienst sorgt dafür, dass die Haushaltsmitglieder den Steuerbescheid vorlegen.

Kann ein volljähriges Haushaltsmitglied keinen Steuerbescheid in Bezug auf die Einkommensteuern vorlegen oder ist das Einkommen des betreffenden Jahres nicht auf dem Steuerbescheid angegeben, sorgt der Tagesmüttersdienst dafür, dass das Haushaltsmitglied andere Belege seines steuerpflichtigen Einkommens vorlegt. Der Minister kann präzisieren, wie diese Belege dem global steuerpflichtigen Einkommen des Steuerbescheids in Bezug auf die Einkommensteuern gleichzustellen sind.

Werden diese Belege nicht vorgelegt, wird die höchste Kostenbeteiligung berechnet.

§2 - Das Haushaltseinkommen wird zu Beginn der Betreuung bestimmt. Bei einem Betreuungsbeginn von Januar bis Juni wird das Einkommensjahr J-3 berücksichtigt. Bei einem Betreuungsbeginn von Juli bis Dezember wird das Einkommensjahr J-2 berücksichtigt.

Für einen Haushalt, dessen Kind bereits bei dem gleichen Dienstleister betreut wird und dessen Einkommen bereits ermittelt wurde, gilt dieses Einkommen in Abweichung von

Absatz 1 auch zu Beginn der Betreuung des nächsten Kindes weiterhin als Grundlage zur Berechnung der Kostenbeteiligung.

§3 - Zum 1. Juli jeden Jahres wird das Haushaltseinkommen erneut bestimmt und die Kostenbeteiligung entsprechend angepasst. Zu diesem Zweck wird das Einkommensjahr J-2 berücksichtigt.

§4 - Der Antragsteller meldet dem Tagesmütterdienst jede Änderung der Haushaltszusammensetzung oder jede Änderung in Bezug auf die in Artikel 82 §2 Absatz 2 festgelegten reduzierten Beteiligungssätze. Der Tagesmütterdienst bestimmt daraufhin erneut die anwendbaren Tarife.

Führt diese Neubestimmung dazu, dass höhere Tarife anzuwenden sind, gelten diese ab dem Folgemonat der Änderung.

Führt diese Neubestimmung dazu, dass niedrigere Tarife anzuwenden sind, gelten diese ab dem Folgemonat der Meldung der Änderung.“

Art. 41 – Artikel 84 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 42 – Artikel 85 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 85 – Im Rahmen des im Betreuungsvertrag festgelegten Betreuungsplans fordert der Tagesmütterdienst die zu zahlenden Tagespauschale ein, unabhängig der tatsächlichen Anwesenheit des Kindes.

In Abweichung von Absatz 1 fordert der Tagesmütterdienst die zu zahlenden Tagespauschale für die tatsächliche Anwesenheit ein, wenn diese über den im Betreuungsvertrag festgelegten Betreuungsplan hinaus geht.

Die Tagespauschale wird für folgende Tage nicht geschuldet:

1. die Tage, an denen der Tagesmütterdienst die Betreuung nicht anbietet;
2. die Abwesenheitstage des Kindes aufgrund einer Krankheit, ab dem zweiten Abwesenheitstag begründet durch ein medizinisches Attest.“

Art. 43 – In Titel 2 Untertitel 3 Kapitel 1 Abschnitt 4 desselben Erlasses wird folgender Artikel 85.1 eingefügt:

„Art. 85.1 – §1 – In Abweichung von den Artikeln 81 bis 83 erfolgt die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für die Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung an Ferientagen in Form einer zu zahlenden Tagespauschale von 7,65 Euro. Ein Betreuungsplatz wird immer für eine Woche vergeben.

Der Tagesmütterdienst sorgt dafür, dass die Erziehungsberechtigten innerhalb von einem Monat das durch den Tagesmütterdienst unterbreitete Angebot des Betreuungsplatzes durch die Entrichtung der in Absatz 1 erwähnten Tagespauschalen bestätigen.

Die Tagespauschale wird einbehalten, wenn die Erziehungsberechtigten die vereinbarte Betreuung nicht oder nur teilweise beanspruchen.

Kann der Tagesmütterdienst die vereinbarte Betreuung nicht aufrecht erhalten, erstattet der Tagesmütterdienst den Erziehungsberechtigten die Tagespauschale unmittelbar zurück, es sei denn der Tagesmütterdienst trifft eine andere Vereinbarung mit den Erziehungsberechtigten.

Die Erziehungsberechtigten werden über die Zahlungs- und Rückzahlungsmodalitäten dieser Gebühr informiert.

§2 – Wenn die Erziehungsberechtigten die vereinbarte Betreuung nicht beanspruchen, erhält die/der konventionierte Tagesmutter/-vater, die/der den nicht beanspruchten Platz reserviert hat, vom Tagesmütterdienst 50% der einbehaltenen Tagespauschale.“

Art. 44 – Artikel 87 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 11 wird die Wortfolge „Artikel 20 Nummer 5“ durch die Wortfolge „Artikel 20 Nummer 3“ ersetzt.

2. In Nummer 15 wird die Wortfolge „mindestens einmal jährlich“ durch die Wortfolge „bei Verunreinigung“ ersetzt.

3. In Nummer 16, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. Folgende Nummer 17 wird eingefügt:

„17. Es sind verschiedene Spielbereiche vorhanden;“

5. Folgende Nummer 18 wird eingefügt.

„18. Die Sicherheit der Räumlichkeiten wird insbesondere durch ein positives Brand-schutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten belegt.“

Art. 45 – Artikel 88 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In §1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „kumulativer“ gestrichen.

2. In §2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „kumulativer“ gestrichen.

3. In §3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „kumulativer“ gestrichen.

4. §4 wird aufgehoben.

5. §5 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Die Kinderbetreuer verfügen mindestens über eines der in Artikel 18.1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen aufgeführten Diplome und Zertifikate.“

6. In §6 wird das Semikolon am Ende des Satzes durch einen Punkt ersetzt.

Art. 46 – Artikel 92 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „kumulative“ gestrichen.

2. In §2.1 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wird das Wort „kumulative“ gestrichen.

Art. 47 – Artikel 93 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird das Wort „Behinderung“ durch das Wort „Beeinträchtigung“ ersetzt.

2. §2 wird aufgehoben.

Art. 48 – In Artikel 94 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird die Wortfolge „höchstens 1.148,77 Euro“ durch die Wortfolge „41,03 Euro pro Betreuungsplatz“ ersetzt.

Art. 49 – In Artikel 96 desselben Erlasses wird zwischen das Wort „werden“ und den Punkt die Wortfolge „, sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung“ eingefügt.

Art. 50 – Artikel 97 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 97 – Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts gilt:

- a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als zehn Stunden pro Tag;
- b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als fünf Stunden pro Tag;
- c) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von zehn Stunden oder mehr pro Tag.
aufgehoben.“

Art. 51 – In Artikel 98 desselben Erlasses wird die Wortfolge „mit Ausnahme der Artikel 81 §2, 82 §2 Absatz 1 Nummer 3 sowie 85 §1 Absatz 2 Nummer 5“ durch die Wortfolge „mit Ausnahme der Artikel 81 §2 sowie 82 §2 Absatz 1 Nummer 3“ ersetzt.

Art. 52 – In Titel 2 Untertitel 3 desselben Erlasses wird Kapitel 3, aufgehoben durch den Erlass der Regierung vom 15. Juli 2021, wie folgt wieder eingeführt:

„KAPITEL 3 – CO-INITIATIVE FÜR KLEINKINDBETREUUNG

Abschnitt 1 – Besondere Anerkennungsbedingungen

Art. 99 – Die Co-Initiative für Kleinkindbetreuung weist eine Aufnahmekapazität von mindestens sieben und höchstens zwölf Plätzen auf.

Artikel 86 §2 ist auf die Co-Initiative für Kleinkindbetreuung entsprechend anwendbar.

Art. 100 – Unbeschadet der Artikel 19-22 gelten für die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung zusätzlich folgende Bedingungen in Bezug auf die Beschaffenheit der Räumlichkeiten:

- 1. die Treppen sind vorzugsweise mit Stoßstufen ausgestattet und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert. Falls keine Stoßstufen vorhanden sind, dürfen sie von den Kleinkindern nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden;
- 2. die Betten und Wiegen entsprechen den Richtlinien des Ministers;
- 3. die eventuell vorhandenen Sandkästen sind derartig abgedeckt, dass eine Verunreinigung vermieden wird. Der Sand wird bei Verunreinigung erneuert.

Abschnitt 2 – Besondere Verpflichtungen

Art. 101 – Die Co-Initiative für Kleinkindbetreuung gewährleistet die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender Tabelle:

Anzahl Betreuungsplätze	Anzahl Vollzeitäquivalent Kinderbetreuer
7	1,40
8	1,60
9	1,80
10	2,00
11	2,20
12	2,40

Artikel 88 §5 ist auf die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung entsprechend anwendbar.

Art. 102 – Die Artikel 64 sowie 67-69 sind auf die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung entsprechend anwendbar.

Abschnitt 3 – Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten

Art. 103 – Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung.

Art. 104 – Die Artikel 81-85 sind auf die Co-Initiativen für Kleinkindbetreuung entsprechend anwendbar, mit Ausnahme der Artikel 81 §2 sowie 82 §2 Absatz 1 Nummer 3.“

Art. 53 – In Titel 2 Untertitel 3 Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird folgender Artikel 107.1 eingefügt:

„Art. 107.1 – Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts finden ausschließlich Anwendung auf die Standorte der außerschulischen Betreuung, die die Kinderbetreuung nicht in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleisten.“

Art. 54 – Artikel 110 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 110 – §1 – Der Standort der außerschulischen Betreuung gewährleistet die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender Tabelle:

Durchschnittliche Anwesenheit	Anzahl Kinderbetreuer
1-16	1
17-32	2
33-48	3
49-64	4
65-80	5
81-96	6

Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder pro Öffnungstag geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

§2 – Artikel 88 §5 ist auf die Standorte der außerschulischen Betreuung entsprechend anwendbar.

§3 – Der Minister kann in begründeten Ausnahmefällen dem Standort der außerschulischen Betreuung eine Frist einräumen, um die in §1 erwähnten Normen einzuhalten. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.“

Art. 55 – Artikel 114 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. §1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Um bezuschusst werden zu können, liegt die durchschnittliche Anwesenheit des Standortes der außerschulischen Betreuung bei mindestens sechs Kindern pro Kalenderjahr. Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl

anwesender Kinder pro Betreuungseinheit geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr. Jeder Öffnungstag kann entweder eine oder zwei Betreuungseinheiten umfassen. Bei zwei Betreuungseinheiten findet eine Einheit vor Schulbeginn und eine nach Schulschluss statt.“

2. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Nummer 2“ gestrichen.

3. In §2 Absatz 3 wird die Wortfolge „Nummer 2“ gestrichen.

Art. 56 – Artikel 115 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 115 – §1 – Um bezuschusst werden zu können, gewährleistet ein Standort der außerschulischen Betreuung die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender Tabelle:

Durchschnittliche Anwesenheit	Anzahl Kinderbetreuer
1-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4
51-64	5

Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder pro Öffnungstag geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

§2 – Wird dem Standort der außerschulischen Betreuung eine Frist eingeräumt, um die in Artikel 110 festgelegten Normen einzuhalten, bleibt die Bezuschussung gemäß dem vorliegenden Abschnitt unberührt.“

Art. 57 – Artikel 116 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird aufgehoben.

Art. 58 – Artikel 116.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 3. September 2015 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Für die Anwendung des vorliegenden Artikels gilt bei der Kinderbetreuung:

1. Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als zehn Stunden pro Tag;

2. Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von drei Stunden oder mehr, aber weniger als fünf Stunden pro Tag;

3. Dritteltagsbetreuung: Kinderbetreuung weniger als drei Stunden pro Tag.“

2. §3 wird aufgehoben.

Art. 59 – Artikel 117 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 60 – Artikel 118 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 61 – In Titel 2 Untertitel 3 Kapitel 4 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird folgender Abschnitt 4, der die Artikel 119.1 bis 119.4 enthält, eingefügt:

„Abschnitt 4 – Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten

Art. 119.1 – Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Standorte der außerschulischen Betreuung anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden, sowie auf die des Zentrums für Kinderbetreuung.

Art. 119.2 – Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts gilt:

- a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als zehn Stunden pro Tag;
- b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von drei Stunden oder mehr, aber weniger als fünf Stunden pro Tag;
- c) Dritteltagsbetreuung: Kinderbetreuung von zwei Stunden oder mehr, aber weniger als drei Stunden pro Tag;
- d) Zweistundenbetreuung: Kinderbetreuung von einer Stunde oder mehr, aber weniger als zwei Stunden pro Tag;
- e) Erste Betreuungsstunde: Kinderbetreuung von weniger als einer Stunde pro Tag;
- f) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von zehn Stunden oder mehr pro Tag.

Art. 119.3 – §1 – Die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten erfolgt in Form einer zu zahlenden Tagespauschale gemäß der im Anhang 2 aufgeführten Tabelle.

Die Kostenbeteiligung deckt nicht die Kosten für Diätkost, Biokost, Medikamente, Windeln, Milchpulver und spezifisch von den Erziehungsberechtigten gewünschte Produkte.

§2 – Der anwendbare Satz der in §1 erwähnten Tagespauschale wird wie folgt berechnet:

- 1. für eine Ganztagsbetreuung: 100%;
- 2. für eine Halbtagsbetreuung: 60%;
- 3. für eine Dritteltagsbetreuung: 40%;
- 4. für eine Zweistundenbetreuung: 25%;
- 5. für eine erste Betreuungsstunde: 15%;
- 6. für eine Langzeitbetreuung: 160%.

In Abweichung von Absatz 1 sind folgende Beteiligungssätze für die Kinderbetreuung anwendbar:

- 1. bei Familien, die mindestens zwei Kinder unter drei Jahren steuerlich zu Lasten haben, beträgt die Beteiligung 70% pro Kind;
- 2. bei Familien, die mindestens drei Kinder steuerlich zu Lasten haben, beträgt die Beteiligung 70% pro Kind;
- 3. für Kinder, die einen Zuschlag zum Kindergeld für Kinder mit einer Beeinträchtigung erhalten, beträgt die Beteiligung 70%.

Als Familie gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels die volljährigen Haushaltsmitglieder, deren Einkommen gemäß Artikel 83 §1 Absätze 1 und 2 für die Berechnung der Kostenbeteiligung berücksichtigt werden

Art. 119.4 – Die Artikel 83, 85 und 85.1 §1 sind auf die Standorte der außerschulischen Betreuung entsprechend anwendbar.“

Art. 62 – Artikel 121 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 121 – Die konventionierten Tagesmütter/-väter weisen vor Beginn ihrer Tätigkeit die in Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Unterlagen vor.“

Art. 63 – Artikel 122 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

- 1. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „überprüft, ob die physische und psychische Belastbarkeit der Person eine Fortführung der Tätigkeit über die Höchstaltersgrenze hinaus erlaubt und“ gestrichen.

2. In §3 Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. September 2022, wird die Wortfolge „über einen Bildungsnachweis als Säuglings- oder Kinderpfleger, Kinderbetreuer, Erzieher oder ein diesen Ausbildungen gleichgestelltes Diplom“ durch die Wortfolge „mindestens über eines der in Artikel 88 §5 erwähnten Diplome und Zertifikate“ ersetzt.

Art 64 – Artikel 123 §1 Nummer 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„2. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachweisen oder sich vertraglich verpflichten, einen solchen Kurs binnen eines Jahres nach Beginn der Tätigkeit zu absolvieren. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert. Die in Artikel 88 §5 erwähnten Diplome und Zertifikate gelten während zwei Jahren nach Erhalt als abgeschlossener Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder;“

Art. 65 – In Artikel 124 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird die Wortfolge „Artikel 159“ durch die Wortfolge „Artikel 15“ ersetzt.

Art. 66 – In Artikel 128 Absatz 2 Nummer 11 desselben Erlasses wird das Wort „keine“ durch das Wort „eine“ ersetzt.

Art. 67 – Artikel 132 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 132 – § 1 – Die konventionierten Tagesmütter/-väter besitzen eine Aufnahmekapazität von höchstens vier Plätzen.

§ 2 – In Abweichung von §1 können die konventionierten Tagesmütter/-väter eine Ausdehnung der Aufnahmekapazität auf höchstens sechs Plätze beantragen.

Die Ausdehnung der Aufnahmekapazität ist möglich unter der Voraussetzung, dass die räumlichen Kapazitäten dies erlauben. Die Ausdehnung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Tagesmütterdienst hält jede individuelle Ausnahmegenehmigung schriftlich fest.

Der Fachbereich erhält eine Abschrift der Ausnahmegenehmigung.

§3 – Die konventionierten Tagesmütter/-väter dürfen höchstens vier Kleinkinder und insgesamt höchstens sechs Kinder gleichzeitig betreuen, wobei die eigenen Kinder im Alter bis zu sechs Jahre in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbegriffen sind.

Bei einer Ausdehnung der Aufnahmekapazität in Anwendung von §2 wird auch die Höchstanzahl der Kleinkinder und der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, jeweils um die Ausdehnung der Aufnahmekapazität erhöht.“

Art. 68 – Artikel 133 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 69 – Artikel 134.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 134.1 – Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels gilt:

1. bei der Kleinkindbetreuung:

a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als acht Stunden pro Tag;

b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von weniger als fünf Stunden pro Tag;

d) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von acht Stunden oder mehr pro Tag;

2. bei der Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung:

- a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf Stunden oder mehr, aber weniger als acht Stunden pro Tag;
- b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von drei Stunden oder mehr, aber weniger als fünf Stunden pro Tag;
- c) Dritteltagsbetreuung: Kinderbetreuung weniger als drei Stunden pro Tag;
- d) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von acht Stunden oder mehr pro Tag.“

Art. 70 – Artikel 135 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 10. Dezember 2015, 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

- 1. In §1 Absatz 3 wird das Wort „Behinderung“ durch das Wort „Beeinträchtigung“ ersetzt.
- 2. §2 wird aufgehoben.

Art. 71 – In Artikel 137 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 15. Juli 2021, wird das Wort „kumulativen“ gestrichen.

Art. 72 – In Artikel 138 Absatz 2 Nummer 3 wird die Wortfolge „Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen“ durch das Wort „Aufnahmekapazität“ ersetzt.

Art. 73 – In Artikel 139 Absatz 2 wird zwischen das Wort „beinhaltet“ und das Wort „die“ die Wortfolge „die Aufnahmekapazität und“ eingefügt.

Art. 74 – Artikel 141 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 141 – §1 – Die Zulassung wird für den Zeitraum bis zum Erreichen der in Artikel 122 §1 festgelegten Höchstaltersgrenze erteilt.

Wird gemäß Artikel 122 §2 eine Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Höchstaltersgrenze gewährt, wird die gemäß Absatz 1 erteilte Zulassung für den in der Ausnahmegenehmigung vorgesehenen Zeitraum verlängert.

Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann die Kinderbetreuung nur nach Erhalt der Zulassung beginnen.

§2 – In Abweichung von §1 kann die Zulassung in begründeten Ausnahmefällen für eine geringere Dauer erteilt werden.“

Art. 75 – Artikel 147 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 147 – §1 – In Abweichung von den Artikeln 145 und 146 kann der Minister eine Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

- 1. aus volksgesundheitlichen Gründen;
- 2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;
- 3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Der Minister entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle hat die Aussetzung der Zulassung der/des konventionierten Tagesmutter/-vaters für die Dauer der vorläufigen Schließung zur Folge.

§2 – Der Minister teilt der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater seinen Beschluss zur vorläufigen Schließung unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur vorläufigen Schließung oder beendet sie. Der Minister teilt der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.

Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle. Der Tagesmütterdienst gewährleistet gemäß Artikel 66 im Rahmen der Möglichkeiten die Kontinuität der Betreuung des Kindes.

§3 – Der Minister teilt der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater zeitgleich mit der in §2 Absatz 2 erwähnten Bestätigung des Beschlusses beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung, nach Ablauf der in §2 Absatz 1 erwähnten Frist, eine Frist zur Behebung der Umstände mit, die zur vorläufigen Schließung geführt haben.

Der Minister kann die in Absatz 1 erwähnte Frist zur Behebung der Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, verlängern.

Behebt die/der konventionierte Tagesmutter/-vater innerhalb der vom Minister festgelegten Frist die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, beendet der Minister die vorläufige Schließung umgehend. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung der Kinderbetreuungsstelle.

Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse.“

Art. 76 – In Artikel 148 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Kommt die/der konventionierte Tagesmutter/-vater nach Ablauf der Dauer der in Artikel 146 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach oder wurden die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, nach Ablauf der in Artikel 147 §3 erwähnten Frist nicht behoben, entzieht der Tagesmütterdienst die Zulassung.“

Art. 77 – In Artikel 149 Absatz 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge „Artikel 60 §1 Absatz 2“ durch die Wortfolge „Artikel 60 §1 Absatz 3“ ersetzt.

Art. 78 – Titel 4 desselben Erlasses, der die Artikel 152 bis 167 umfasst, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 19. April 2018, 15. Juli 2021 und 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

„TITEL 4 – KINDERBETREUER IN HEIMARBEIT

Art. 152 – Die Bestimmungen des vorliegenden Titels sind ausschließlich als besondere Verpflichtungen gemäß Artikel 60 §1 auf den Tagesmütterdienst anwendbar. Dieser sorgt für ihre Einhaltung.

Art. 153 – Artikel 88 §5 ist auf die Kinderbetreuer in Heimarbeit entsprechend anwendbar.

Art. 154 – Die Artikel 19-22 sind auf die Kinderbetreuer in Heimarbeit entsprechend anwendbar.

Zusätzlich gelten folgende Bedingungen in Bezug auf die Beschaffenheit der Räumlichkeiten:

1. die Treppen sind vorzugsweise mit Stoßstufen ausgestattet und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert. Falls keine Stoßstufen vorhanden sind, dürfen sie von Kindern bis sechs Jahren nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden;
2. die Betten und Wiegen entsprechen den Richtlinien des Ministers;
3. die eventuell vorhandenen Sandkästen sind derartig abgedeckt, dass eine Verunreinigung vermieden wird. Der Sand wird bei Verunreinigung erneuert;
4. insofern der Kinderbetreuer in Heimarbeit Haustiere hält, sind die Richtlinien des Ministers anwendbar.

Art. 155 – §1 – Die Kinderbetreuer in Heimarbeit betreuen die Kinder immer persönlich.

§2 – Nach Absprache mit dem Tagesmütterdienst können Kinderbetreuer in Heimarbeit Praktikanten unter ihrer Verantwortung aufnehmen.

Der Praktikant kann nicht die Kinderbetreuer in Heimarbeit ersetzen.

Art. 156 – Der Tagesmütterdienst empfiehlt den Kinderbetreuern in Heimarbeit, die eigenen Kinder entsprechend den Richtlinien des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen impfen zu lassen.

Art. 157 – Der Tagesmütterdienst sorgt dafür, dass vor Beginn der Tätigkeit der Kinderbetreuer in Heimarbeit die Zustimmung aller volljährigen Personen, vorliegt, die die Räume bewohnen, in denen die Betreuung durch die Kinderbetreuer in Heimarbeit durchgeführt wird, dass die Inspektion während der Öffnungszeiten diese Räume gemäß Artikel 17 §1 Absatz 2 Nummer 4 des Dekrets einsehen darf.

Die Kinderbetreuer in Heimarbeit teilen dem Tagesmütterdienst während ihrer Tätigkeit innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in Absatz 1 erwähnten Angaben schriftlich mit.

Der Tagesmütterdienst kann während der Dauer der Tätigkeit jederzeit eine aktuelle Ausführung der in Absatz 1 erwähnten Angaben bei den Kinderbetreuer in Heimarbeit anfordern.

Art. 158 – Der Tagesmütterdienst legt für jeden Kinderbetreuer in Heimarbeit eine Aufnahmekapazität fest.

Art. 159– §1 - Der Minister kann eine Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

1. aus volksgesundheitlichen Gründen;
2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;
3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Der Minister entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

§2 – Der Minister teilt dem betroffenen Kinderbetreuer in Heimarbeit seinen Beschluss zur vorläufigen Schließung unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Der Kinderbetreuer in Heimarbeit kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur vorläufigen Schließung oder beendet sie. Der Minister teilt dem betroffenen Kinderbetreuer in Heimarbeit seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.

Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle. Der Tagesmütterdienst gewährleistet gemäß Artikel 66 im Rahmen der Möglichkeiten die Kontinuität der Betreuung des Kindes.

§3 – Der Minister teilt dem betroffenen Kinderbetreuer in Heimarbeit zeitgleich mit der in §2 Absatz 2 erwähnten Bestätigung des Beschlusses beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung, nach Ablauf der in §2 Absatz 1 erwähnten Frist, eine Frist zur Behebung der Umstände mit, die zur vorläufigen Schließung geführt haben.

Der Minister kann die in Absatz 1 erwähnte Frist zur Behebung der Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, verlängern.

Behebt der Kinderbetreuer in Heimarbeit innerhalb der vom Minister festgelegten Frist die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, beendet der Minister die vorläufige Schließung umgehend. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung der Kinderbetreuungsstelle.

Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse.“

Art. 79 – In Artikel 171 Absatz 2 Nummer 10 desselben Erlasses wird die Wortfolge „Behinderung oder psychische Beeinträchtigung“ durch die Wortfolge „Beeinträchtigung oder psychischer Störung“ ersetzt.

Art. 80 – Artikel 178 §2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird das Semikolon am Ende des Satzes durch einen Punkt ersetzt.
2. Nummer 4 wird aufgehoben.

Art. 81 – In Artikel 179 §1 desselben Erlasses wird das Wort „kumulativer“ gestrichen.

Art. 82 – Artikel 180 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. §1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Der Kinderhort bestimmt einen Hauptverantwortlichen, der mindestens die in Artikel 178 §2 erwähnten Bedingungen erfüllt.

Artikel 88 §5 ist auf den Hauptverantwortlichen des Kinderhortes entsprechend anwendbar.“

2. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „Nummer 1 und 2“ gestrichen.

Art. 83 – Artikel 181 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 84 – In Artikel 186 desselben Erlasses wird die Wortfolge „26 sowie 30-31“ durch die Wortfolge „26, 28.1 sowie 30-31“ ersetzt.

Art. 85 – Artikel 193 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 193 – Für die Organisation des Kinderhortes erhält der Träger eine Pauschale von 76,50 Euro für jeden Öffnungstag sowie eine zusätzliche Pauschale von 5,10 Euro für jede Anwesenheit eines Kindes, jeweils unter der Voraussetzung, dass eine durchschnittliche Anwesenheit von mindestens fünf Kindern pro Kalenderjahr erreicht wird. Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

In Abweichung von Absatz 1 wird die dort erwähnte Pauschale für jeden Öffnungstag auf 6,00 Euro reduziert, wenn der Träger eine Personalbezuschussung gemäß dem Dekret vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von Sozialen Treffpunkten oder gemäß dem Erlass vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich erhält.“

Art. 86 – Artikel 196 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 Nummer 7 wird das Wort „Infrastruktur“ durch das Wort „Räumlichkeiten“ ersetzt.

2. Absatz 2 Nummer 16 wird aufgehoben.

3. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Kinderhortes, der gemäß Artikel 7 Absätze 2 und 3 des Dekrets oder anderer Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verpflichtet ist, die Sicherheit der Räumlichkeiten seiner Kinderbetreuungsstellen durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten zu belegen, ist zudem dieses Brandschutzgutachten beizufügen, welches nicht älter als zwei Monate ist, zu den Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfinden soll.“

Art. 87 – In Artikel 197 §1 desselben Erlasses wird die Angabe „16“ durch die Wortfolge „Absatz 3“ ersetzt.

Art. 88 – In Artikel 205 Absatz 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Juli 2021, wird die Wortfolge „31. August 2025“ durch die Wortfolge „31. Dezember 2023“ ersetzt.

Art. 89 – In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 207.1 eingefügt:

„Art. 207.1 – Weist die Ergebnisberechnung des Standortes der außerschulischen Betreuung am Ende des Kalenderjahres 2023 unter Berücksichtigung aller Einnahmen ein Defizit auf, übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft dieses Defizit vollständig, insofern der Standort der außerschulischen Betreuung die Bestimmungen der Artikel 113 bis 119 einhält.“

Art. 90 – In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 207.2 eingefügt:

„Art. 207.2 – §1 – In Abweichung von Artikel 88 und 110 lässt der Minister die Kinderbetreuer bzw. Betreuer, die am 31. Dezember 2023 für einen Dienst arbeiten und die zu diesem Zeitpunkt geltenden Diplombedingungen erfüllen, aber die ab dem 1. Januar 2024 geltenden Bedingungen nicht erfüllen, von Amts wegen unbefristet als Kinderbetreuer zu.

§2 – In Abweichung von Artikel 153 lässt der Minister die konventionierten Tagesmütter/-väter, die aufgrund von Artikel 45 §1 Absatz 2 des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung ein Angebot als Arbeitnehmer beim Zentrum für Kinderbetreuung annehmen und die nicht über eines der in Artikel 88 §5 erwähnten Diplome und Zertifikate verfügen, von Amts wegen unbefristet als Kinderbetreuer zu.

§3 – In Abweichung von Artikel 180 lässt der Minister die Hauptverantwortlichen eines Kinderhorts, die am 31. Dezember 2023 für einen Kinderhort arbeiten und die zu diesem Zeitpunkt geltenden Diplombedingungen erfüllen, aber die ab dem 1. Januar 2024 geltenden Bedingungen nicht erfüllen, von Amts wegen unbefristet als Hauptverantwortlichen eines Kinderhortes zu.“

Art. 91 – In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 207.3 eingefügt:

„Art. 207.3 – Das Zentrum erstattet den Mitgliedern des Beirats für Kinderbetreuung die Fahrtkosten gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.“

Art. 92 – Der Anhang desselben Erlasses wird durch Anhang 1 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 93 – In denselben Erlass wird Anhang 2, der als Anhang 2 zum vorliegenden Erlass beigelegt wird, eingefügt.

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 22. MAI 2014 ÜBER DIE SELBSTSTÄNDIGEN TAGESMÜTTER/-VÄTER

Art. 94 – Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. Kinderbetreuung: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets die regelmäßige Betreuung von Kindern in festgelegten Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten, mit Ausnahme der Aktivitäten, deren Hauptzweck Bildung oder Unterricht, Jugend, Jugendhilfe, Kultur, Tourismus oder Sport ist;“

2. In Nummer 8 wird die Wortfolge „mehr als fünf Stunden“ durch die Wortfolge „fünf Stunden oder mehr“ ersetzt.

3. In Nummer 9 wird die Wortfolge „mehr als drei und bis zu“ durch die Wortfolge „drei Stunden oder mehr, aber weniger als“ ersetzt.

4. In Nummer 10 wird die Wortfolge „bis zu“ durch die Wortfolge „weniger als“ ersetzt.

5. Nummer 11, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

„11. Zentrum: das durch das Dekret vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung geschaffene Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung;“

6. Nummer 16, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird aufgehoben.

7. Nummer 17, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt ersetzt:

„17. Onlineportal: eine den Dienstleistern sowie den Erziehungsberechtigten von der Regierung zur Verfügung gestellte digitale Plattform der Kinderbetreuung. Es dient zur Information der Erziehungsberechtigten, zur Anfrage, Verwaltung und Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen sowie zur Kontrolle der Anerkennungs- und Bezuschussungsbedingungen.“

Art. 95 – Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 20. Mai 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 6 – Die in den Artikeln 29, 29.2, 30, 31, 50.1 und 58.1 festgelegten Beträge sind an die Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 gebunden.“

Der in Artikel 29.3 festgelegte Grenzbetrag des Haushaltseinkommens wird aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat Dezember des betroffenen Einkommensjahres angepasst.

Die in Artikel 29.3 festgelegten Zuschüsse und Tagessätze werden jährlich im Juli aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat Dezember des Vorjahres angepasst.“

Art. 96 – Artikel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 7 – Die selbstständigen Tagesmütter/-väter weisen vor Beginn ihrer Tätigkeit die in Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Unterlagen vor.“

Art. 97 – Artikel 8 §3 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. September 2022 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von §1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter eine Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Mindestaltersgrenze beantragen, sofern sie mindestens 18 Jahre alt sind und mindestens über eines der in Artikel 18.1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen aufgeführten Diplome und Zertifikate verfügen.“

Art. 98 – Artikel 10 Nummer 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„10. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachzuweisen oder einen solchen Kurs binnen eines Jahres nach Beginn der Tätigkeit zu absolvieren. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert. Die in 8 §3 Absatz 1 erwähnten Diplome und Zertifikate gelten während zwei Jahren nach Erhalt als abgeschlossener Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder.“

Art. 99 – Artikel 19 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 19 – § 1 – Die selbstständigen Tagesmütter/-väter besitzen eine Aufnahmekapazität von höchstens vier Plätzen.“

§2 – In Abweichung von §1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter eine Ausdehnung der Aufnahmekapazität auf höchstens sechs Plätze beantragen.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme, die es dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt der Stellungnahme des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausdehnung der Aufnahmekapazität. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Ausdehnung der Aufnahmekapazität ist möglich unter der Voraussetzung, dass die räumlichen Kapazitäten dies erlauben. Die Ausdehnung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Fachbereich legt die Gewährung der Ausdehnung der Aufnahmekapazität der Anerkennungsakte der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters bei.

§3 – Die selbstständigen Tagesmütter/-väter dürfen höchstens vier Kleinkinder und insgesamt höchstens sechs Kinder gleichzeitig betreuen, wobei die eigenen Kinder im Alter bis zu sechs Jahre in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, eingegriffen sind.

Bei einer Ausdehnung der Aufnahmekapazität in Anwendung von §2 wird auch die Höchstanzahl der Kleinkinder und der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, jeweils um die Ausdehnung der Aufnahmekapazität erhöht.“

Art. 100 – Artikel 23 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 3 wird aufgehoben.
2. §2 wird aufgehoben.
3. §3 wird aufgehoben.

Art. 101 – In Artikel 25 desselben Erlasses wird die Wortfolge „, die ihnen durch den Fachbereich ausgehändigt werden, und leiten sie an die Erziehungsberechtigten weiter“ gestrichen.

Art. 102 – Artikel 29.2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 3, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge „Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen,“ durch das Wort „Aufnahmekapazität“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen,“ durch das Wort „Aufnahmekapazität“ ersetzt.

3. In §1 Absatz 4 Nummer 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022 wird die Wortfolge „der Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen,“ durch das Wort „der Aufnahmekapazität“ ersetzt.

Art. 103 – Artikel 29.3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 29.3 – §1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können einen Zuschuss von höchstens 22,95 Euro pro in Anspruch genommener Ganztagsbetreuung eines Kleinkindes, 13,77 Euro pro in Anspruch genommener Halbtagsbetreuung eines Kleinkindes oder 9,18 Euro pro Dritteltagsbetreuung eines Kleinkindes erhalten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Mindestens einer der Erziehungsberechtigten, die die Betreuung in Anspruch nehmen,

hat gemäß Artikel 37 §19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung;

2. Die Rechnung an die in Nummer 1 erwähnten Personen enthält einen Hinweis über den im vorliegenden Absatz erwähnten Zuschuss der Deutschsprachige Gemeinschaft pro Ganztagsbetreuung.

§2 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können einen Zuschuss von höchstens 10,20 Euro pro in Anspruch genommener Ganztagsbetreuung eines Kleinkindes, 6,12 Euro in Anspruch genommener pro Halbtagsbetreuung eines Kleinkindes oder 4,08 Euro pro in Anspruch genommener Dreiertagsbetreuung eines Kleinkindes erhalten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Das Haushaltseinkommen der Personen, die die Betreuung in Anspruch nehmen, liegt in Anwendung von Artikel 83 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung unter 21.961,93 Euro.

2. Die Rechnung an die in Nummer 1 erwähnten Personen enthält einen Hinweis über den im vorliegenden Absatz erwähnten Zuschuss der Deutschsprachige Gemeinschaft pro Ganztagsbetreuung.

Das Haushaltseinkommen wird durch das Zentrum bestimmt. Liegt das Einkommen unter dem in Absatz 1 Nummer 1 festgelegten Grenzbetrag, teilt das Zentrum dies der/dem selbstständigen Tagesmutter/-vater und dem Fachbereich mit.

§3 – In Abweichung von §§1 und 2 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter diesen Zuschuss nicht für die Betreuung eigener Kinder erhalten.

Betreuen die selbstständigen Tagesmütter/-väter eigene Kinder, setzen sie den Fachbereich vor Betreuungsbeginn schriftlich über die Betreuung des eigenen Kindes in Kenntnis.

§4 – Die in den §§1 und 2 erwähnten Zuschüsse können jeweils höchstens für ein Kind gewährt werden. Sie können nicht für dasselbe Kind gewährt werden.“

Art. 104 – Artikel 29.4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird aufgehoben.

Art. 105 – Artikel 31 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. April 2018 und 20. Mai 2021, der zu §1 Absatz 1 wird, wird das Wort „Behinderung“ durch das Wort „Beeinträchtigung“ ersetzt.

2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 – In Abweichung von §1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter diesen zusätzlichen Zuschuss nicht für die Betreuung eigener Kinder erhalten.

Betreuen die selbstständigen Tagesmütter/-väter eigene Kinder, setzen sie den Fachbereich vor Betreuungsbeginn schriftlich über die Betreuung des eigenen Kindes in Kenntnis.“

Art. 106 – Artikel 32 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Zum Erhalt der in den Artikeln 29 bis 31 aufgeführten Zuschüsse nutzen die selbstständigen Tagesmütter/-väter das Onlineportal.“

2. Absatz 4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird aufgehoben.

Art. 107 – In Artikel 33 Absatz 2 Nummer 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge „Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen“ durch das Wort „Aufnahmekapazität“ ersetzt.

Art. 108 – Artikel 34 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird zwischen das Wort „Festlegung“ und das Wort „der“ die Wortfolge „der Aufnahmekapazität und“ eingefügt.

2. In §2 Absatz 4 wird zwischen das Wort „Festlegung“ und das Wort „der“ die Wortfolge „der Aufnahmekapazität und“ eingefügt.

Art. 109 – Artikel 41 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 41 – §1 – In Abweichung von den Artikeln 39 und 40 kann der Minister eine Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

1. aus volksgesundheitlichen Gründen;
2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;
3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Der Minister entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle hat die Aussetzung der Anerkennung der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters für die Dauer der vorläufigen Schließung zur Folge.

§2 – Der Minister teilt der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater seinen Beschluss zur vorläufigen Schließung unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefes statt. Der Antrag auf Anhörung hat keine aufschiebende Wirkung.

Nach dieser Anhörung bestätigt der Minister den Beschluss zur vorläufigen Schließung oder beendet sie. Der Minister teilt der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater seinen Beschluss unverzüglich per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. In Ermangelung eines Antrags auf Anhörung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt der Beschluss als bestätigt.

Das Zentrum erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle.

§3 – Der Minister teilt der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater zeitgleich mit der in §2 Absatz 2 erwähnten Bestätigung des Beschlusses beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung, nach Ablauf der in §2 Absatz 1 erwähnten Frist, eine Frist zur Behebung der Umstände mit, die zur vorläufigen Schließung geführt haben.

Der Minister kann die in Absatz 1 erwähnte Frist zur Behebung der Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, verlängern.

Behebt die/der selbstständige Tagesmutter/-vater innerhalb der vom Minister festgelegten Frist die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, beendet der Minister die vorläufige Schließung umgehend. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung der Kinderbetreuungsstelle.

Das Zentrum erhält eine Abschrift der im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beschlüsse.“

Art. 110 – Artikel 42 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird die Wortfolge „Aussetzung der Anerkennung gemäß Artikel 41 §1 Absatz 4“ durch die Wortfolge „vorläufigen Schließung gemäß Artikel 41 §2 Absatz 2“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird zwischen das Wort Anerkennung und den Punkt die Wortfolge „oder zur Bestätigung des Beschlusses zur vorläufigen Schließung beziehungsweise, in Ermangelung eines Antrags auf Anhörung gemäß Artikel 41 §2 Absatz 1, nach Ablauf der dort erwähnten Frist“ eingefügt.

Art. 111 – Artikel 43 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Kommt die/der selbstständige Tagesmutter/-vater nach Ablauf der Dauer der in Artikel 40 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach oder wurden die Umstände, die zur vorläufigen Schließung geführt haben, nach Ablauf der in Artikel 41 §3 erwähnten Frist nicht behoben, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens der Inspektion die Anerkennung.“

Art. 112 – In Artikel 47 desselben Erlasses wird die Wortfolge „einem gemeinsamen Betreuungsort“ durch die Wortfolge „einer gemeinsamen Betreuungsstelle“ ersetzt.

Art. 113 – In Artikel 48 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge „Artikeln 18 §1, 19 und 29.2 §1“ durch die Wortfolge „Artikel 18 §1 und 29.2 §1“ ersetzt.

Art. 114 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017, 19. April 2018, 20. Mai 2021, 22. September 2022 und 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 49.1 eingefügt:

„Art. 49.1 – Die Aufnahmekapazität einer Betreuungsstelle von selbstständigen Co-Tagesmüttern/-vätern entspricht höchstens der Summe der in Anwendung von Artikel 19 festgelegten Aufnahmekapazitäten der selbstständigen Tagesmütter/-väter, die ihre Aktivität an dieser Betreuungsstelle ausüben.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter einen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme, die es dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt der Stellungnahme des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aufnahmekapazität.“

Art. 115 – Artikel 50 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 50 – Ungeachtet der gemäß in Artikel 19 §3 festgelegten Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, können im Falle einer akuten Krankheit einer/s selbstständigen Tagesmutter/-vaters bis zu drei Betreuungskinder gleichzeitig auf jeweils eine/n andere/n selbstständige/n Tagesmutter/-vater zur Betreuung verteilt werden, ohne

dass die Anzahl von neun gleichzeitig anwesenden Kindern pro selbständiger/m Tagesmutter/-vater überschritten wird. Die Krankheit wird durch eine ärztliche Krankschreibung belegt.

Die in Absatz 1 erwähnte Abweichung ist auf eine Zeitspanne von höchstens 14 Kalendertagen pro Krankheitsfall begrenzt.

Die Abweichung ist dem Fachbereich unmittelbar schriftlich, vorzugsweise per E-Mail, mitzuteilen.“

Art. 116 – Artikel 50.1 §2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge „die in Artikel 50 §§1 und 2 erwähnte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen,“ durch die Wortfolge „die in Artikel 19 §1 erwähnte Aufnahmekapazität“ ersetzt.

2. In Absatz 2, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen,“ durch das Wort „Aufnahmekapazität“ ersetzt.

3. In Absatz 2 Nummer 1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird die Wortfolge „der Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen,“ durch das Wort „der Aufnahmekapazität“ ersetzt.

Art. 117 – In Artikel 50.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge „Der in Artikel 29.3 erwähnte angegliche Zuschuss wird“ durch die Wortfolge „Die in Artikel 29.3 erwähnten Zuschüsse werden“ ersetzt.

Art. 118 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017, 19. April 2018, 20. Mai 2021, 22. September 2022 und 22. Dezember 2022, wird folgender Artikel 58.3 eingefügt:

„Art. 58.3 – In Abweichung von Artikel 19 gilt für die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die zum 1. Januar 2024 bereits anerkannt sind, die zu diesem Zeitpunkt festgelegte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, als Aufnahmekapazität.“

Art. 119 – In Nummer 4 des Anhangs desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Mai 2021, wird die Wortfolge „mit Ausnahme der in Artikel 23 §2 aufgeführten verminderten Elternbeiträge“ gestrichen.

KAPITEL 3 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 12. JULI 2001 ZUR HARMONISIERUNG DER ANWESENHEITSGELDER UND FAHRENTSCHÄDIGUNGEN IN GREMIEN UND VERWALTUNGSRÄTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 120 – In Artikel 1 §1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 3. Dezember 2020, wird folgender Spiegelstrich eingefügt:

„- Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung“

KAPITEL 4 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 121 – Das Dekret vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 29, der mit Wirkung vom 3. Juli 2023 in Kraft tritt.

Art. 122 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 120, der mit Wirkung vom 3. Juli 2023 in Kraft tritt;
2. Artikel 91, der mit Wirkung vom 1. September 2023 in Kraft tritt.

Art. 123 – Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg

Datum: 2023.10.26 14:36:00 +02'00'

Anhang 1 zum Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter sowie des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2021 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Anhang 1 zum Erlass der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung

global steuerpflichtiges Jahreseinkommen	Elternbeteiligung und Reservierungsgebühr in EUR								
	Ganze Tage		Halbe Tage		Langzeit		Dritteltag		Reservierungsgebühr
Einkommen in EUR	Tages-satz	Ermä-ßigung	Halb-tages-satz	Ermä-ßigung	Lang-zeit-satz	Ermä-ßigung	Drit-telta-ges-satz	Ermä-ßigung	
Von									
0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	75,000
22.525,059	4,590	3,213	2,754	1,928	7,345	5,141	1,836	1,285	175,000
28.156,322	6,121	4,284	3,672	2,571	9,793	6,855	2,448	1,714	225,000
33.787,586	7,651	5,356	4,590	3,213	12,241	8,569	3,060	2,142	225,000
39.418,851	9,181	6,427	5,509	3,856	14,689	10,283	3,672	2,571	225,000
45.050,116	10,711	7,498	6,427	4,499	17,138	11,996	4,284	2,999	275,000
50.681,381	12,241	8,569	7,345	5,141	19,586	13,710	4,896	3,428	275,000
56.312,646	13,771	9,640	8,263	5,784	22,034	15,424	5,509	3,856	325,000
61.943,910	15,301	10,711	9,181	6,427	24,482	17,138	6,121	4,284	375,000
67.575,175	16,832	11,782	10,099	7,069	26,931	18,851	6,733	4,713	375,000
73.206,440	18,362	12,853	11,017	7,712	29,379	20,565	7,345	5,141	375,000
78.837,705	19,892	13,924	11,935	8,355	31,827	22,279	7,957	5,570	375,000
84.468,969	21,422	14,995	12,853	8,997	34,275	23,993	8,569	5,998	375,000
90.100,234	22,952	16,067	13,771	9,640	36,723	25,706	9,181	6,427	375,000

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter sowie des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia Klinkenberg Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg
Datum: 2023.10.26 14:38:33 +02'00'

Anhang 2 zum Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter sowie des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Anhang 2 zum Erlass der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung

global steuer- pflichtiges Jahresein- kommen	Elternbeteiligung in EUR											
Einkom- men in EUR	Ganze Tage		Halbe Tage		Langzeit		Dritteltag		Zwei Stun- den		Erste Stunde	
Ab	Tages- satz	Ermä- ßigung	Halb- tages- satz	Er- mä- ßi- gung	Lang- zeit- satz	Ermä- ßigung	Drit- telta- ges- satz	Er- mä- ßi- gung	Zwei- stun- den- satz	Er- mä- ßi- gung	Erste- stun- den- satz	Er- mä- ßi- gung
0,000	1,530	1,071	0,918	0,643	2,448	1,714	0,612	0,428	0,383	0,268	0,000	0,000
16.893,794	3,060	2,142	1,836	1,285	4,896	3,428	1,224	0,857	0,765	0,536	0,000	0,000
22.525,059	4,590	3,213	2,754	1,928	7,345	5,141	1,836	1,285	1,148	0,803	0,000	0,000
28.156,322	6,121	4,284	3,672	2,571	9,793	6,855	2,448	1,714	1,530	1,071	0,000	0,000
33.787,586	7,651	5,356	4,590	3,213	12,241	8,569	3,060	2,142	1,913	1,339	0,000	0,000
39.418,851	9,181	6,427	5,509	3,856	14,689	10,283	3,672	2,571	2,295	1,607	0,000	0,000
45.050,116	10,711	7,498	6,427	4,499	17,138	11,996	4,284	2,999	2,678	1,874	0,000	0,000
50.681,381	12,241	8,569	7,345	5,141	19,586	13,710	4,896	3,428	3,060	2,142	0,000	0,000
56.312,646	13,771	9,640	8,263	5,784	22,034	15,424	5,509	3,856	3,443	2,410	0,000	0,000
61.943,910	15,301	10,711	9,181	6,427	24,482	17,138	6,121	4,284	3,825	2,678	0,000	0,000
67.575,175	16,832	11,782	10,099	7,069	26,931	18,851	6,733	4,713	4,208	2,946	0,000	0,000
73.206,440	18,362	12,853	11,017	7,712	29,379	20,565	7,345	5,141	4,590	3,213	0,000	0,000
78.837,705	19,892	13,924	11,935	8,355	31,827	22,279	7,957	5,570	4,973	3,481	0,000	0,000
84.468,969	21,422	14,995	12,853	8,997	34,275	23,993	8,569	5,998	5,356	3,749	0,000	0,000
90.100,234	22,952	16,067	13,771	9,640	36,723	25,706	9,181	6,427	5,738	4,017	0,000	0,000

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter sowie des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia Klinkenberg Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg
Datum: 2023.10.26 14:41:10 +02'00'

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders en het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 7, tweede tot vierde lid, gewijzigd bij de decreten van 2 maart 2015, 10 december 2020 en 15 december 2021, artikel 8, § 1, tweede lid, en § 3, 1° tot 3°, artikel 9, tweede lid, artikel 10, § 2, 2° en 3°, artikel 10.1, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 22 mei 2023, artikel 12, tweede en derde lid, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, artikel 16, derde lid, artikel 16.2, § 2, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, alsook artikel 16.4, § 2, vierde lid, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015;

Gelet op het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 18 en artikel 47;

Gelet op het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op advies [nummer] van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op [datum];

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – WIJZIGING VAN HET BESLUIT VAN DE REGERING VAN 22 MEI 2014 BETREFFENDE DE KINDEROPVANGDIENSTEN EN ANDERE VORMEN VAN KINDEROPVANG

Artikel 1 – In artikel 1 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° kinderopvang: overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 2°, van het decreet, de regelmatige opvang van kinderen in vastgelegde ruimten, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding, met uitzondering van de activiteiten die vorming, onderwijs, jeugd, jeugdbijstand, cultuur, toerisme of sport als hoofddoel hebben;"

2° in de bepaling onder 6° worden de woorden "door aangesloten onthaalouders aanbiedt" vervangen door de woorden "aanbiedt die wordt verricht door aangesloten onthaalouders en/of als huisarbeider werkende kinderbegeleiders";

3° er wordt een bepaling onder 7.1° ingevoegd, luidende:

"7.1° als huisarbeider werkende kinderbegeleider: persoon die werkzaam is in de kinderopvang en die in opdracht van een dienst voor onthaalouders – in het kader van een arbeidsovereenkomst of als statutair personeelslid – bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;"

4° de bepaling onder 10°, opgeheven bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt hersteld als volgt:

"10° co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters: dienstverrichter die baby's en peuters in collectieve vorm opvangt en een opvangcapaciteit van hoogstens twaalf plaatsen heeft;"

5° de bepaling onder 13° wordt vervangen als volgt:

"13° centrum voor kinderopvang: het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap opgericht bij het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap;"

6° de bepaling onder 20°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"20° webportaal: een digitaal platform voor kinderopvang dat door de Regering ter beschikking wordt gesteld van de dienstverrichters en de personen belast met de opvoeding. Het dient om de personen belast met de opvoeding te informeren, om plaatsen in de kinderopvang aan te vragen, te beheren en toe te wijzen, alsook om de erkennings- en subsidiëeringsvoorwaarden te controleren."

Art. 2 – In artikel 7, § 2, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° de paragraaf wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° één vertegenwoordiger van het centrum voor kinderopvang."

Art. 3 – In artikel 9 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, worden de woorden "de erkenning van zelfstandige onthaalouders resp. de toelating van aangesloten onthaalouders" vervangen door de woorden "de erkenning van zelfstandige onthaalouders of co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters, dan wel de toelating van aangesloten onthaalouders of als huisarbeider werkende kinderbegeleiders";

2° paragraaf 3 wordt opgeheven.

Art. 4 – Artikel 10 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 10 – De bedragen vastgelegd in artikel 72, § 2, derde lid, artikel 74, eerste lid, artikel 76, § 1, § 2, eerste lid, § 3 en § 4, artikel 93, § 1, eerste lid, artikel 94, artikel 94.1, artikel 116.1, § 2, eerste lid, artikel 135, § 1, eerste en tweede lid, alsook artikel 193, zijn gekoppeld aan de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap op basis van de spilindex 138,01.

De in de bijlagen 1 en 2 vastgelegde inkomensgrensbedragen worden op basis van de evolutie van de indexering van de wedden in de openbare sector van de Duitstalige Gemeenschap aangepast aan de spilindex 138,01 van de maand december van het betrokken inkomensjaar.

De in artikel 85.1 en in de bijlagen 1 en 2 vastgelegde tarieven voor de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding worden jaarlijks in juli op basis van de evolutie van de indexering van

de wedden in de openbare sector van de Duitstalige Gemeenschap aangepast aan de spilindex 138,01 van de maand december van het vorige jaar."

Art. 5 – Artikel 12 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 12 – De diensten voor kinderopvang zorgen ervoor dat de in artikel 7, eerste lid, van het decreet vermelde personen die van hen een opdracht hebben gekregen, de daarin vermelde stukken hebben ingediend voordat ze van start gaan met hun activiteit."

Art. 6 – Artikel 13, 2°, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"2° bewijzen dat ze een EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen hebben voltooid of zich contractueel ertoe verplichten zo'n cursus te voltooien binnen een jaar nadat ze met de activiteit van start gaan. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist. De diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 88, § 5, gelden tot twee jaar na het behalen ervan als voltooide EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen."

Art. 7 – In artikel 15, tweede lid, 11°, van hetzelfde besluit worden de woorden "lichamelijke of geestelijke beperking" vervangen door de woorden "beperking of psychische stoornis".

Art. 8 – Artikel 18 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 18 – Met behoud van de toepassing van de artikelen 154 en 174 is dit hoofdstuk alleen van toepassing op de crèches, de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters en de locaties voor buitenschoolse opvang, met uitzondering van de locaties voor buitenschoolse opvang die de kinderopvang in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde gewone of gespecialiseerde basisschool aanbieden."

Art. 9 – Artikel 20 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 20 – De opvangruimten en alle ruimten die voor de kinderen toegankelijk zijn, voldoen aan de volgende criteria:

1° voor zover niet nader gedefinieerd, stemt de grootte van de ruimten overeen met het aantal opgevangen kinderen, zodat deze zich vrij kunnen bewegen;

2° er is een slaap- en rustruimte;

3° in de opvangvoorzieningen waar maaltijden voor kinderen worden voorbereid, is een keukenblok met een aanrecht, kookgelegenheid en koelkast;

4° de ruimten zijn ingericht met het voor de opvang noodzakelijke meubilair en met voldoende speelgoed;

5° de ruimten zijn in goede toestand en er wordt voor gezorgd dat dit zo blijft;

6° de begeleiders zijn telefonisch bereikbaar in de ruimten."

Art. 10 – Artikel 21, tweede lid, 1°, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 11 – In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 28.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 28.1 – De diensten voor kinderopvang wijzen de personen belast met de opvoeding erop dat zieke kinderen alleen kunnen worden opgevangen, als er geen besmettingsgevaar voor de andere opgevangen kinderen bestaat.

In twijfelgevallen kunnen de diensten voor kinderopvang een medisch attest verlangen dat bevestigt dat het kind in kwestie geen besmettingsgevaar voor de andere opgevangen kinderen inhoudt."

Art. 12 – In artikel 30 van hetzelfde besluit worden de woorden "ontvangen van het departement de fiscale attesten voor de personen belast met de opvoeding, vullen die attesten in en zenden ze door

aan de personen belast met de opvoeding" vervangen door de woorden "vullen de fiscale attestaten voor de personen belast met de opvoeding in".

Art. 13 – In titel 2, ondertitel 1, hoofdstuk 4, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt een afdeling 4.1 ingevoegd, die de artikelen 31.1 tot 31.3 bevat, luidende:

"Afdeling 4.1 – Prioriteringscriteria bij het toewijzen van de kinderopvangplaatsen

Art. 31.1 – De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de diensten die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, alsook op die van het centrum voor kinderopvang.

Art. 31.2 – § 1 – Bij het toewijzen van kinderopvangplaatsen nemen de diensten voor kinderopvang de opvangaanvragen in de volgende volgorde in aanmerking:

1° aanvragen van de centrale autoriteit van de Gemeenschap voor adoptie of van het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor de jeugdbijstand en de jeugdbescherming in het kader van de consensuele of gerechtelijke jeugdbijstand, de pleegzorg of de jeugdbescherming;

2° aanvragen voor kinderen die in het Duitse taalgebied ingeschreven zijn als leerling in het gewoon of gespecialiseerd basisonderwijs;

3° aanvragen van aanvragers die hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied;

4° aanvragen van aanvragers die in het Duitse taalgebied een activiteit als werknemer, statutair personeelslid of zelfstandige uitoefenen of wanneer de partner die dezelfde woonplaats als de aanvrager heeft, één van die activiteiten in het Duitse taalgebied uitoefent;

5° aanvragen voor broers of zussen van kinderen die al door dezelfde dienst voor kinderopvang worden opgevangen;

6° aanvragen van aanvragers die hun woonplaats hebben in de gemeente die voor de betrokken dienst voor kinderopvang het mogelijke tekort geheel of gedeeltelijk draagt;

7° aanvragen in chronologische volgorde.

Als woonplaats geldt de plaats waar een persoon zijn hoofdverblijfplaats heeft overeenkomstig de bevolkingsregisters bepaald in artikel 1, § 1, eerste lid, 1°, van de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten of zijn referentieadres heeft overeenkomstig artikel 1, § 2, van die wet.

Voor de in het eerste lid, 4°, vermelde activiteit als werknemer of als statutair personeelslid geldt de vestigingseenheid of, als dat gegeven niet beschikbaar is, de exploitatiezetel als plaats van de activiteit.

Voor de in het eerste lid, 4° vermelde activiteit als zelfstandige geldt de gemeente waar de activiteit hoofdzakelijk wordt uitgeoefend, als plaats van de activiteit.

§ 2 – Bij de prioritering van de toewijzing is telkens de situatie op de datum van de aanvraag doorslaggevend.

In afwijking van het eerste lid is voor de toepassing van § 1, eerste lid, 5°, de situatie op de aangevraagde begindatum van de opvang doorslaggevend.

Art. 31.3 – In afwijking van artikel 31.2 nemen de diensten voor kinderopvang de opvangaanvragen in aanmerking in de volgende volgorde bij het toewijzen van kinderopvangplaatsen in het kader van een buitenschoolse opvang op vakantiedagen:

1° aanvragen van de centrale autoriteit van de Gemeenschap voor adoptie of van het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor de jeugdbijstand en de

jeugdbescherming in het kader van de consensuele of gerechtelijke jeugdbijstand, de pleegzorg of de jeugdbescherming;

2° aanvragen in chronologische volgorde."

Art. 14 – Artikel 32 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 32 – Als de diensten voor kinderopvang overeenkomstig artikel 7, tweede en derde lid, van het decreet of overeenkomstig andere bepalingen van dit besluit ertoe verplicht zijn de veiligheid van de ruimten van de kinderopvangvoorzieningen te bewijzen met een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant, dienen die diensten voor kinderopvang, in de volgende situaties, opnieuw zo'n gunstig advies over de brandveiligheid van de ruimten waar de kinderopvang plaatsvindt in bij het departement, waarbij dat advies niet ouder mag zijn dan zes maanden:

- 1° minstens om de zes jaar na inwerkingtreding van de erkenning;
- 2° bij elke belangrijke wijziging van de structuur van het gebouw van de opvangvoorziening;
- 3° telkens als het departement erom verzoekt."

Art. 15 – In artikel 37 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in § 1, tweede lid, 7°, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten";
- 2° in § 1, tweede lid, wordt de bepaling onder 16° opgeheven;
- 3° paragraaf 2, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 2 – Indien het gaat om de voorlopige erkenning van een dienst voor kinderopvang die overeenkomstig artikel 7, tweede en derde lid, van het decreet of overeenkomstig andere bepalingen van dit besluit ertoe verplicht is de veiligheid van de ruimten van zijn kinderopvangvoorzieningen te bewijzen met een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant, moet dat advies over de brandveiligheid van de ruimten waar de kinderopvang plaatsvindt, dat niet ouder mag zijn dan zes maanden, ook worden ingediend;

Indien het gaat om de voorlopige erkenning van een dienst voor onthaalouders, worden bovendien de volgende stukken en gegevens bijgevoegd:

- 1° de in artikel 58 vermelde manier waarop kandidaten die een toelating als aangesloten onthaalouder aanvragen, geschikt worden bevonden;
- 2° het aangevraagde aantal aangesloten onthaalouders en als huisarbeider werkende kinderbegeleiders dat in opdracht van de dienst voor onthaalouders kan werken;
- 3° de beschrijving van de samenwerking met de aangesloten onthaalouders.

Indien het gaat om de voorlopige erkenning van een crèche, wordt bovendien een advies van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven bijgevoegd over de vraag of de ruimten van de crèche voldoen aan de geldende voorschriften inzake toegankelijkheid van de ruimten van de crèche."

4° paragraaf 2.1, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt opgeheven;

5° paragraaf 3, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt opgeheven.

Art. 16 – Artikel 38, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt opgeheven.

Art. 17 – In artikel 42, § 1, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in het eerste lid worden de woorden "en 16°," vervangen door de woorden ", en § 2, eerste lid,";
- 2° in het tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten".

Art. 18 – In artikel 43, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten".

Art. 19 – In artikel 47, § 1, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:
1° in het eerste lid worden de woorden "en 16°," vervangen door de woorden ", en § 2, eerste lid,";
2° in het tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten".

Art. 20 – In artikel 48, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten".

Art. 21 – Artikel 51 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 51 – § 1 – In afwijking van de artikelen 49 en 50 kan de Minister een dienst voor kinderopvang of één van zijn kinderopvangvoorzieningen wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig voor onbepaalde duur sluiten om een van de volgende redenen:

- 1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;
- 2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;
- 3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen kennelijk geschonden worden.

De Minister beslist op grond van een advies van de inspectie en door middel van een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De voorlopige sluiting van de dienst of van één van zijn kinderopvangvoorzieningen heeft de schorsing van de erkenning van de dienst tot gevolg en dit voor de duur van de voorlopige sluiting.

§ 2 – De Minister deelt zijn beslissing tot voorlopige sluiting zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken dienst voor kinderopvang. De dienst kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de beslissing tot voorlopige sluiting door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken dienst. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het eerste lid, geldt de beslissing als bevestigd.

Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de voorlopige sluiting van de dienst of van één van zijn kinderopvangvoorzieningen.

§ 3 – Tegelijkertijd met de in § 2, tweede lid, vermelde bevestiging van de beslissing, dan wel, indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend, na het verstrijken van de in § 2, eerste lid, vermelde termijn, deelt de Minister aan de dienst mee binnen welke termijn de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, moeten worden verholpen.

De in het eerste lid vermelde termijn om de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, te verhelpen, kan door de Minister worden verlengd.

Als de dienst de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, binnen de door de Minister vastgelegde termijn verhelpt, heft de Minister de voorlopige sluiting onmiddellijk op. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de dienst."

Art. 22 – In artikel 52 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "schorsing van de erkenning wordt bevestigd overeenkomstig artikel 51, § 1, vierde lid" vervangen door de woorden "voorlopige sluiting wordt bevestigd overeenkomstig artikel 51, § 2, tweede lid";

2° het tweede lid wordt aangevuld met de woorden "of de voorlopige sluiting wordt bevestigd, dan wel, indien er geen verzoek is ingediend om te worden gehoord, overeenkomstig artikel 51, § 2, eerste lid, na het verstrijken van de daarin vermelde termijn".

Art. 23 – Artikel 53, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Indien de dienst voor kinderopvang na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 50 de verplichtingen nog altijd niet nakomt of indien de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid na het verstrijken van de termijn vermeld in artikel 51, § 3, niet verholpen zijn, kan de Minister na een advies van de inspectie de in voorkomend geval voorlopige of definitieve erkenning intrekken."

Art. 24 – Artikel 59 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 59 – Het centrum voor kinderopvang wordt van rechtswege als erkende dienst voor onthaalouders beschouwd."

Art. 25 – Artikel 60 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 60 – § 1 – De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat de bepalingen van titel 3 en 4 worden nageleefd.

De dienst voor onthaalouders vertrouwt de opvang van kinderen uitsluitend toe aan aangesloten onthaalouders die overeenkomstig titel 3 toegelaten werden of aan als huisarbeider werkende kinderbegeleiders.

Als de dienst voor onthaalouders een opdracht aan aangesloten onthaalouders toevertrouwt, sluit hij met hen daartoe een schriftelijke overeenkomst.

§ 2 – Onder de volgende voorwaarden kan de dienst voor onthaalouders buitenschoolse opvang organiseren:

1° de opvang van baby's en peuters heeft voorrang;

2° het maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen wordt voor elke aangesloten onthaalouder in acht genomen;

3° de aangesloten onthaalouder kan vrij beslissen of hij al dan niet buitenschoolse opvang aanbiedt."

Art. 26 – In artikel 61, 5°, van hetzelfde besluit worden de woorden "en het opvangkapitaal vermeld in artikel 133" opgeheven.

Art. 27 – In artikel 62 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – De dienst voor onthaalouders beschikt minstens over het sociaal-pedagogisch geschoold personeel bepaald in de volgende tabel:

Aantal als huisarbeider werkende kinderbegeleiders en toegelaten onthaalouders	Aantal voltijdsequivalent sociaal-pedagogisch geschoold personeel
--	---

1-18	1 ½
19-24	2
25-30	2
31-36	2 ½
37-42	3
43-53	3
54-59	3
60-65	3 ½
66-71	3 2/3
72-77	4
78-83	4 ½
84-89	4 2/3
90-95	5
96-101	5 ½
102-107	5 2/3
108-113	6

Voor de berekening van de personeelssleutel wordt het maximaantal als huisarbeider werkende kinderbegeleiders en toegelaten aangesloten onthaalouders van het kalenderjaar in kwestie in aanmerking genomen."

2° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 28 – Artikel 63, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 29 – In artikel 65, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "aangesloten onthaalouders" vervangen door de woorden "aangesloten onthaalouders of als huisarbeider werkende kinderbegeleiders".

Art. 30 – In artikel 66 van hetzelfde besluit worden de woorden "van een aangesloten onthaalouder" vervangen door de woorden "van een aangesloten onthaalouder of als huisarbeider werkende kinderbegeleider".

Art. 31 – Artikel 68, § 1, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 32 – In artikel 72, § 3, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "cumulatieve" opgeheven.

Art. 33 – In artikel 73 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden ", met inbegrip van de retributie vermeld in artikel 85, § 2" opgeheven;

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 34 – Artikel 75 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 35 – In artikel 76 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – Voor de kosten van de organisatie van de voortgezette opleiding van de aangesloten onthaalouders vermeld in artikel 125 en de voortgezette opleiding van het sociaal-pedagogisch geschoold personeel vermeld in artikel 14, alsook voor de kosten van de aanschaffing van pedagogische

hulpmiddelen, ontvangt de dienst voor onthaalouders een subsidie van hoogstens 5.486,95 euro. De subsidie wordt pas uitbetaald nadat het departement de ingediende bewijzen onderzocht heeft."

2° in paragraaf 2, vervangen bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

3° paragraaf 4, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"§ 4 – Voor de kosten die ontstaan om een mobiele internetverbinding ter beschikking te stellen van de aangesloten onthaalouders in het kader van hun samenwerking met de dienst voor onthaalouders, ontvangt de dienst voor onthaalouders een subsidie van hoogstens 5.169,44 euro. De subsidie wordt pas uitbetaald nadat het departement de ingediende bewijzen onderzocht heeft."

Art. 36 – Artikel 79 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", alsook op die van het centrum voor kinderopvang".

Art. 37 – Artikel 80 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 3 september 2015, wordt vervangen als volgt:

"Art. 80 – Voor de toepassing van deze afdeling geldt:

1° bij de opvang van baby's en peuters:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan tien uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van minder dan vijf uur per dag;

c) langdurige opvang: kinderopvang van tien uur of meer per dag;

2° bij de opvang van kinderen in het kader van buitenschoolse opvang:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan tien uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van drie uur of meer, maar van minder dan vijf uur per dag;

c) opvang voor een derde van een dag: kinderopvang van minder dan drie uur per dag;

d) langdurige opvang: kinderopvang van tien uur of meer per dag."

Art. 38 – In artikel 81, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, worden de woorden "De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor" vervangen door de woorden "Met behoud van de toepassing van artikel 85.1 zorgt de dienst voor onthaalouders ervoor" en worden de woorden "in de bijlage" vervangen door de woorden "in bijlage 1".

Art. 39 – Artikel 82 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 82 – § 1 – De kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding wordt betaald in de vorm van een dagforfait dat is vastgesteld overeenkomstig de tabel vermeld in bijlage 1.

De kostenbijdrage dekt niet de kosten voor dieetvoeding, biologische voeding, geneesmiddelen, luiers, poedermelk en specifieke, door de personen belast met de opvoeding gewenste producten.

§ 2 – Het toepasselijke percentage van het in paragraaf 1 vermelde dagforfait wordt berekend als volgt:

1° voor een hele opvangdag: 100%;

2° voor een halve opvangdag: 60%;

3° voor een 1/3-opvangdag in het kader van buitenschoolse opvang: 40%;

4 voor langdurige opvang: 160%.

In afwijking van het eerste lid zijn de volgende bijdragepercentages voor kinderopvang van toepassing:

1° voor gezinnen met minstens twee kinderen onder drie jaar die fiscaal ten laste zijn, bedraagt de bijdrage 70% per kind;

2° voor gezinnen met minstens drie kinderen fiscaal ten laste, bedraagt de bijdrage 70% per kind;

3° voor kinderen die, bovenop de kinderbijslag, een bijslag voor kinderen met een beperking ontvangen, bedraagt de bijdrage 70%.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder 'gezin' verstaan: de meerderjarige gezinsleden van wie het inkomen overeenkomstig artikel 83, § 1, eerste en tweede lid, meetelt voor de berekening van de kostenbijdrage."

Art. 40 – Artikel 83 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 83 – § 1 – De kostenbijdrage wordt berekend op basis van het gecumuleerd inkomen van de meerderjarige gezinsleden van de aanvrager.

Als meer dan twee meerderjarige gezinsleden een inkomen hebben, worden de twee hoogste inkomens in aanmerking genomen.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder 'inkomen' verstaan: het totaal belastbaar inkomen op het aanslagbiljet betreffende de inkomstenbelasting. De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat de gezinsleden het aanslagbiljet indienen.

Als een meerderjarig gezinslid geen aanslagbiljet betreffende de inkomstenbelasting kan indienen of als het inkomen van het betrokken jaar niet op het aanslagbiljet staat, zorgt de dienst voor onthaalouders ervoor dat het gezinslid andere bewijzen van zijn belastbaar inkomen indient. De Minister kan preciseren hoe die bewijzen gelijkgesteld kunnen worden met het totaal belastbaar inkomen op het aanslagbiljet van de inkomstenbelastingen.

Als die bewijzen niet worden ingediend, wordt de hoogste kostenbijdrage aangerekend.

§ 2 – Het gezinsinkomen wordt bepaald bij het begin van de opvang. Als de opvang begint tussen januari en juni wordt het inkomensjaar J-3 in aanmerking genomen. Als de opvang begint tussen juli en december wordt het inkomensjaar J-2 in aanmerking genomen.

Voor een gezin waarvan reeds een kind bij dezelfde dienstverrichter wordt opgevangen en waarvan het inkomen reeds werd berekend, geldt dat inkomen in afwijking van het eerste lid ook bij het begin van de opvang van het volgende kind verder als basis voor de berekening van de kostenbijdrage.

§ 3 – Elk jaar op 1 juli wordt het gezinsinkomen opnieuw bepaald en de kostenbijdrage dienovereenkomstig aangepast. Daartoe wordt het inkomensjaar J-2 in aanmerking genomen.

§ 4 – De aanvrager meldt aan de dienst voor onthaalouders elke wijziging van de gezinssamenstelling of elke wijziging van de in artikel 82, § 2, tweede lid, vastgelegde gereduceerde bijdragepercentages. De dienst voor onthaalouders bepaalt vervolgens welke tarieven voortaan van toepassing zijn.

Als daardoor hogere tarieven van toepassing zijn, gelden die vanaf de maand die volgt op de wijziging.

Als daardoor lagere tarieven van toepassing zijn, gelden die vanaf de maand die volgt op de melding van de wijziging."

Art. 41 – Artikel 84 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 42 – Artikel 85 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 85 – In het kader van het in het opvangcontract vastgelegd opvangplan vordert de dienst voor onthaalouders het te betalen dagforfait in, ongeacht de werkelijke aanwezigheid van het kind.

In afwijking van het eerste lid vordert de dienst voor onthaalouders het te betalen dagforfait in op basis van de werkelijke aanwezigheid als die het in het opvangcontract vastgelegd opvangplan overschrijdt.

Het dagforfait is niet verschuldigd voor de volgende dagen:

- 1° de dagen waarop de dienst voor onthaalouders geen opvang aanbiedt;
- 2° de dagen waarop het kind afwezig is wegens ziekte, waarbij die afwezigheid vanaf de tweede afwezigheidsdag gestaafd wordt door een medisch attest."

Art. 43 – In titel 2, ondertitel 3, hoofdstuk 1, afdeling 4, van hetzelfde besluit wordt een artikel 85.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 85.1 – § 1 – In afwijking van de artikelen 81 tot 83 betalen de personen belast met de opvoeding een kostenbijdrage in de vorm van een dagforfait van 7,65 euro voor de kinderopvang in het kader van een buitenschoolse opvang op vakantiedagen. Een opvangplaats wordt altijd voor een week toegewezen.

De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat de personen belast met de opvoeding het door de dienst voor onthaalouders voorgestelde aanbod van de opvangplaats binnen een maand bevestigen door betaling van de in het eerste lid vermelde dagforfaits.

Het dagforfait wordt ingehouden als de personen belast met de opvoeding niet of slechts gedeeltelijk gebruik maken van de overeengekomen opvang.

Indien de dienst voor onthaalouders de overeengekomen opvang niet kan aanbieden, betaalt de dienst voor onthaalouders het dagforfait onmiddellijk terug aan de personen belast met de opvoeding, tenzij hij een andere regeling met hen treft.

De personen belast met de opvoeding worden ingelicht over de nadere regels omtrent de betaling en terugbetaling van dat bedrag.

§ 2 – Indien de personen belast met de opvoeding geen gebruik maken van de overeengekomen opvang, geeft de dienst voor onthaalouders 50% van het ingehouden dagforfait aan de aangesloten onthaalouder die de niet-gebruikte plaats vrijgehouden heeft."

Art. 44 – In artikel 87 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 11° worden de woorden "artikel 20, 5°" vervangen door de woorden "artikel 20, 3°";

2° in de bepaling onder 15° worden de woorden "minstens één keer per jaar" vervangen door de woorden "bij verontreiniging";

3° in de bepaling onder 16°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

4° in het artikel wordt een bepaling onder 17° ingevoegd, luidende:

"17° er zijn verscheidene speelruimten;

5° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 18°, luidende:

"18° de veiligheid van de ruimten wordt in het bijzonder bewezen door een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant."

Art. 45 – In artikel 88 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

2° in paragraaf 2, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

3° in paragraaf 3, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

4° paragraaf 4 wordt opgeheven;

5° § 5, eerste lid, wordt vervangen als volgt:

"De kinderbegeleiders beschikken minstens over een van de diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 18.1 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan."

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 46 – In artikel 92 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven;

2° in § 2.1, eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven.

Art. 47 – In artikel 93 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 48 – In artikel 94 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, worden de woorden "hoogstens 1.148,77 euro" vervangen door de woorden "41,03 euro per plaats in de kinderopvang".

Art. 49 – Artikel 96 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", alsook op die van het centrum voor kinderopvang".

Art. 50 – Artikel 97 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 97 – Voor de toepassing van deze afdeling geldt:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan tien uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van minder dan vijf uur per dag;

c) langdurige opvang: kinderopvang van tien uur of meer per dag."

Art. 51 – In artikel 98 van hetzelfde besluit worden de woorden "met uitzondering van artikel 81, § 2, artikel 82, § 2, eerste lid, 3°, en artikel 85, § 1, tweede lid, 5°" vervangen door de woorden "met uitzondering van artikel 81, § 2, en artikel 82, § 2, eerste lid, 3°".

Art. 52 – In titel 2, ondertitel 3, van hetzelfde besluit wordt hoofdstuk 3, opgeheven bij het besluit van de Regering van 15 juli 2021, hersteld als volgt:

"Hoofdstuk 3 – Co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters

Afdeling 1 – Bijzondere erkenningsvoorwaarden

Art. 99 – Het co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters heeft een opvangcapaciteit van minstens zeven en hoogstens twaalf plaatsen.

Artikel 86, § 2, is van toepassing op het co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters.

Art. 100 – Met behoud van de toepassing van de artikelen 19 tot 22 gelden voor de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters de volgende aanvullende voorwaarden voor de inrichting van de ruimten:

1° de trappen zijn bij voorkeur uitgerust met gesloten treden en de toegang tot de trappen is beveiligd met traphekjes. Indien een trap niet uitgerust is met gesloten treden, mogen baby's en peuters ze alleen in begeleiding van een volwassene gebruiken;

2° de bedden en wiegen beantwoorden aan de richtlijnen van de Minister;

3° eventuele zandbakken zijn zo afgedekt dat verontreiniging voorkomen wordt. Het zand wordt bij verontreiniging vervangen.

Afdeling 2 – Bijzondere verplichtingen

Art. 101 – Het co-initiatief voor de opvang van baby's en peuters zorgt ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende tabel:

Aantal opvangplaatsen	Aantal voltijdsequivalent kinderbegeleiders
7	1,40
8	1,60
9	1,80
10	2,00
11	2,20
12	2,40

Artikel 88, § 5, geldt mutatis mutandis ook voor de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters.

Art. 102 – Artikel 64 en de artikelen 67 tot 69 gelden mutatis mutandis ook voor de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters.

Afdeling 3 – Kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding

Art. 103 – De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, alsook op die van het centrum voor kinderopvang.

Art. 104 – De artikelen 81 tot 85 gelden mutatis mutandis ook voor de co-initiatieven voor de opvang van baby's en peuters, met uitzondering van artikel 81, § 2, en artikel 82, § 2, eerste lid, 3°."

Art. 53 – In titel 2, ondertitel 3, hoofdstuk 4, afdeling 1, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt een artikel 107.1 ingevoegd, luidende:

"*Art. 107.1* – De bepalingen van deze afdeling zijn uitsluitend van toepassing op de locaties voor buitenschoolse opvang die de kinderopvang niet aanbieden in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs."

Art. 54 – Artikel 110 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 110 – § 1 – De locatie voor buitenschoolse opvang zorgt ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende tabel:

Gemiddelde aanwezigheid	Aantal kinderbegeleiders
1-16	1
17-32	2
33-48	3
49-64	4
65-80	5
81-96	6

De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen per opendag te delen door het aantal opendagen per kalenderjaar.

§ 2 – Artikel 88, § 5, geldt mutatis mutandis ook voor de locaties voor buitenschoolse opvang.

§ 3 – In gemotiveerde uitzonderingsgevallen kan de Minister aan de locatie voor buitenschoolse opvang een termijn toekennen waarbinnen die locatie aan de normen vermeld in paragraaf 1 moet voldoen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd."

Art. 55 – In artikel 114 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – Om subsidie te kunnen krijgen, ligt de gemiddelde aanwezigheid in de locatie voor buitenschoolse opvang bij minstens zes kinderen per kalenderjaar. De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen per opvangseenheid te delen door het aantal opendagen per kalenderjaar. Elke opendag kan ofwel één, ofwel twee opvangseenheden omvatten. Bij twee opvangseenheden is er één voorschoolse en één naschoolse opvangseenheid."

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "§ 1, 2°," vervangen door de woorden "paragraaf 1";

3° in § 2, derde lid, worden de woorden "§ 1, 2°," vervangen door de woorden "paragraaf 1".

Art. 56 – Artikel 115 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 115 – § 1 – Om subsidie te kunnen krijgen, zorgt de locatie voor buitenschoolse opvang ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt ze minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende tabel:

Gemiddelde aanwezigheid	Aantal kinderbegeleiders
1-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4
51-64	5

De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen per opendag te delen door het aantal opendagen per kalenderjaar.

§ 2 – Indien aan de locatie voor buitenschoolse opvang een termijn wordt toegekend waarbinnen zij aan de normen vervat in artikel 110 moet voldoen, blijft de subsidiëring overeenkomstig deze afdeling onaangetast."

Art. 57 – Artikel 116 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt opgeheven.

Art. 58 – In artikel 116.1. van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 3 september 2015 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – Voor de toepassing van dit artikel geldt voor de kinderopvang:

1° opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan tien uur per dag;

2° opvang voor een halve dag: kinderopvang van drie uur of meer, maar van minder dan vijf uur per dag;

3° opvang voor een derde van een dag: kinderopvang van minder dan drie uur per dag."

2° paragraaf 3 wordt opgeheven.

Art. 59 – Artikel 117 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 60 – Artikel 118 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 61 – In titel 2, ondertitel 3, hoofdstuk 4, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt een afdeling 4 ingevoegd, die de artikel 119.1 tot 119.4 bevat, luidende:

"Afdeling 4 – Kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding

Art. 119.1 – De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de locaties voor buitenschoolse opvang die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, alsook op die van het centrum voor kinderopvang.

Art. 119.2 – Voor de toepassing van deze afdeling geldt:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan tien uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van drie uur of meer, maar van minder dan vijf uur per dag;

c) opvang voor een derde van een dag: kinderopvang van twee uur of meer, maar van minder dan drie uur per dag;

d) opvang voor twee uur: kinderopvang van één uur of meer, maar van minder dan twee uur per dag;

e) eerste opvanguur: kinderopvang van minder dan één uur per dag;

f) langdurige opvang: kinderopvang van tien uur of meer per dag.

Art. 119.3 – § 1 – De kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding wordt betaald in de vorm van een dagforfait dat is vastgesteld overeenkomstig de tabel vermeld in bijlage 2.

De kostenbijdrage dekt niet de kosten voor dieetvoeding, biologische voeding, geneesmiddelen, luiers, poedermelk en specifieke, door de personen belast met de opvoeding gewenste producten.

§ 2 – Het toepasselijke percentage van het in paragraaf 1 vermelde dagforfait wordt berekend als volgt:

- 1° voor een hele opvangdag: 100%;
- 2° voor een halve opvangdag: 60%;
- 3 voor een 1/3-opvangdag: 40%;
- 4° voor opvang voor twee uur: 25%;
- 5° voor een eerste opvanguur: 15%;
- 6 voor langdurige opvang: 160%.

In afwijking van het eerste lid zijn de volgende bijdragepercentages voor kinderopvang van toepassing:

- 1° voor gezinnen met minstens twee kinderen onder drie jaar die fiscaal ten laste zijn, bedraagt de bijdrage 70% per kind;
- 2° voor gezinnen met minstens drie kinderen fiscaal ten laste, bedraagt de bijdrage 70% per kind;
- 3° voor kinderen die, bovenop de kinderbijslag, een bijslag voor kinderen met een beperking ontvangen, bedraagt de bijdrage 70%.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder 'gezin' verstaan: de meerderjarige gezinsleden van wie het inkomen overeenkomstig artikel 83, § 1, eerste en tweede lid, meetelt voor de berekening van de kostenbijdrage.

Art. 119.4 – Artikel 83, artikel 85 en artikel 85.1, § 1, gelden mutatis mutandis ook voor de locaties voor buitenschoolse opvang."

Art. 62 – Artikel 121 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 121 – De aangesloten onthaalouders dienen de stukken vermeld in artikel 7, eerste lid, van het decreet in voordat ze van start gaan met hun activiteit."

Art. 63 – In artikel 122 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in § 2, tweede lid, worden de woorden "onderzoekt of betrokkene fysiek en psychisch belastbaar genoeg is om zijn activiteit na de bovenste leeftijdsgrens te kunnen voortzetten en" opgeheven;
- 2° in § 3, eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 september 2022, worden de woorden "beschikken over een bewijs dat ze opgeleid zijn tot kinderverzorger, kinderbegeleider of opvoeder of over een daarmee gelijkgesteld diploma" vervangen door de woorden "minstens beschikken over een van de diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 88, § 5".

Art 64 – Artikel 123, § 1, 2°, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"2° te bewijzen dat ze een EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen hebben voltooid of zich contractueel ertoe te verplichten zo'n cursus te voltooien binnen een jaar nadat ze met de activiteit van start gaan. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist. De diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 88, § 5, gelden tot twee jaar na het behalen ervan als voltooide EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen;"

Art. 65 – In artikel 124 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, worden de woorden "artikel 159" vervangen door de woorden "artikel 15".

Art. 66 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 67 – Artikel 132 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 132 – § 1 – De aangesloten onthaalouders hebben een opvangcapaciteit van hoogstens vier plaatsen.

§ 2 – In afwijking van paragraaf 1 kunnen de aangesloten onthaalouders een aanvraag indienen om hun opvangcapaciteit uit te breiden tot hoogstens zes plaatsen.

De uitbreiding van de opvangcapaciteit is mogelijk op voorwaarde dat de ruimtelijke mogelijkheden dit toelaten. De uitbreiding kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

De dienst voor onthaalouders legt elke individuele afwijking schriftelijk vast.

Het departement ontvangt een afschrift van de afwijking.

§ 3 – De aangesloten onthaalouders mogen hoogstens vier baby's of peuters en in totaal hoogstens zes kinderen tegelijk opvangen, waarbij de eigen kinderen van nul tot zes jaar in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Als de opvangcapaciteit met toepassing van paragraaf 2 wordt uitgebreid, wordt ook het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's en peuters én het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen dienovereenkomstig verhoogd."

Art. 68 – Artikel 133 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 69 – Artikel 134.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 134.1 – Voor de toepassing van dit hoofdstuk geldt:

1° bij de opvang van baby's en peuters:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan acht uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van minder dan vijf uur per dag;

d) langdurige opvang: kinderopvang van acht uur of meer per dag;

2° bij de opvang van kinderen in het kader van buitenschoolse opvang:

a) opvang voor een hele dag: kinderopvang van vijf uur of meer, maar van minder dan acht uur per dag;

b) opvang voor een halve dag: kinderopvang van drie uur of meer, maar van minder dan vijf uur per dag;

c) opvang voor een derde van een dag: kinderopvang van minder dan drie uur per dag;

d) langdurige opvang: kinderopvang van acht uur of meer per dag."

Art. 70 – In artikel 135 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 10 december 2015, 19 april 2018 en 15 juli 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 71 – In artikel 137, eerste lid, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 15 juli 2021, wordt het woord "cumulatieve" opgeheven.

Art. 72 – In artikel 138, tweede lid, 3°, worden de woorden "het aangevraagde maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen" vervangen door de woorden "de aangevraagde opvangcapaciteit".

Art. 73 – In artikel 139, tweede lid, wordt het woord "In de toelating wordt" vervangen door de woorden "In de toelating wordt de opvangcapaciteit en".

Art. 74 – Artikel 141 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 141 – § 1 – De toelating blijft geldig tot de in artikel 122, § 1, vastgelegde bovenste leeftijdsgrens is bereikt.

Als overeenkomstig artikel 122, § 2, een afwijking van de vastgelegde bovenste leeftijdsgrens wordt toegestaan, wordt de overeenkomstig het eerste lid toegekende toelating verlengd voor de duur van de toegestane afwijking.

De aangesloten onthaalouder kan de kinderopvang pas na ontvangst van de toelating aanvangen.

§ 2 – In afwijking van paragraaf 1 kan de toelating in gemotiveerde uitzonderingsgevallen voor kortere duur toegekend worden."

Art. 75 – Artikel 147 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 147 – § 1 – In afwijking van de artikelen 145 en 146 kan de Minister een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig voor onbepaalde duur sluiten om een van de volgende redenen:

- 1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;
- 2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;
- 3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen kennelijk geschonden worden.

De Minister beslist op grond van een advies van de inspectie en door middel van een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening heeft de schorsing van de toelating van de aangesloten onthaalouder tot gevolg en dit voor de duur van de voorlopige sluiting.

§ 2 – De Minister deelt zijn beslissing tot voorlopige sluiting zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken aangesloten onthaalouder. De aangesloten onthaalouder kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de beslissing tot voorlopige sluiting door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken aangesloten onthaalouder. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het eerste lid, geldt de beslissing als bevestigd.

De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening. Indien mogelijk waarborgt de dienst voor onthaalouders overeenkomstig artikel 66 de continuïteit van de opvang van het kind.

§ 3 – Tegelijkertijd met de in § 2, tweede lid, vermelde bevestiging van de beslissing, dan wel, indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend, na het verstrijken van de in § 2, eerste lid, vermelde termijn, deelt de Minister aan de betrokken aangesloten onthaalouder mee binnen welke termijn de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, moeten worden verholpen.

De in het eerste lid vermelde termijn om de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, te verhelpen, kan door de Minister worden verlengd.

Als de aangesloten onthaalouder de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, binnen de door de Minister vastgelegde termijn verhelpt, heft de Minister de voorlopige sluiting onmiddellijk op. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de kinderopvangvoorziening.

De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen."

Art. 76 – Artikel 148, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Indien de aangesloten onthaalouder na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 146 de verplichtingen nog altijd niet nakomt of indien de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid na het verstrijken van de termijn vermeld in artikel 147, § 3, niet verholpen zijn, trekt de dienst voor onthaalouders de toelating in."

Art. 77 – In artikel 149, tweede lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "artikel 60, § 1, tweede lid" vervangen door de woorden "artikel 60, § 1, derde lid".

Art. 78 – Titel 4 van hetzelfde besluit, dat de artikelen 152 tot 167 bevat, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 19 april 2018, 15 juli 2021 en 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Titel 4 – Als huisarbeider werkende kinderbegeleiders

Art. 152 – De bepalingen van deze titel zijn uitsluitend als bijzondere verplichtingen overeenkomstig artikel 60, § 1, van toepassing op de dienst voor onthaalouders. Die dienst zorgt ervoor dat de bepalingen van deze titel worden nageleefd.

Art. 153 – Artikel 88, § 5, geldt mutatis mutandis ook voor de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders.

Art. 154 – De artikelen 19 tot 22 gelden mutatis mutandis ook voor de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders.

Bijkomend gelden volgende voorwaarden voor de inrichting van de ruimten:

1° de trappen zijn bij voorkeur uitgerust met gesloten treden en de toegang tot de trappen is beveiligd met traphekjes. Indien een trap niet uitgerust is met gesloten treden, mogen kinderen tot zes jaar die alleen in begeleiding van een volwassene gebruiken;

2° de bedden en wiegen beantwoorden aan de richtlijnen van de Minister;

3° eventuele zandbakken zijn zo afgedekt dat verontreiniging voorkomen wordt. Het zand wordt bij verontreiniging vervangen;

4° als de als huisarbeider werkende kinderbegeleider huisdieren heeft, zijn de richtlijnen van de Minister van toepassing."

Art. 155 – § 1 – De als huisarbeider werkende kinderbegeleiders vangen de kinderen altijd zelf op.

§ 2 – In afspraak met de dienst voor onthaalouders kunnen als huisarbeider werkende kinderbegeleiders onder hun verantwoordelijkheid stagiairs opnemen.

De stagiair kan de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders niet vervangen.

Art. 156 – De dienst voor onthaalouders beveelt de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders aan om hun eigen kinderen overeenkomstig de richtlijnen van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren te laten inenten.

Art. 157 – De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat alle meerderjarige bewoners van de ruimten waar de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders opvang aanbieden, voordat de activiteit van de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders van start gaat, aan de inspectie toestemming hebben geven om die ruimten overeenkomstig artikel 17, § 1, tweede lid, 4°, van het decreet tijdens de openingstijden te bezoeken.

Gedurende hun activiteit delen de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders elke wijziging van de gegevens vermeld in het eerste lid binnen dertig dagen schriftelijk mee aan de dienst voor onthaalouders.

Tijdens de duur van de activiteit kan de dienst voor onthaalouders de als huisarbeider werkende kinderbegeleiders te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in het eerste lid verzoeken.

Art. 158 – De dienst voor onthaalouders legt een opvangcapaciteit vast voor elke als huisarbeider werkende kinderbegeleider.

Art. 159 – § 1 – De Minister kan een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig voor onbepaalde duur sluiten om een van de volgende redenen:

- 1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;
- 2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;
- 3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen kennelijk geschonden worden.

De Minister beslist op grond van een advies van de inspectie en door middel van een met bijzondere redenen omklede beslissing.

§ 2 – De Minister deelt zijn beslissing tot voorlopige sluiting zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken als huisarbeider werkende kinderbegeleider. De als huisarbeider werkende kinderbegeleider kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de beslissing tot voorlopige sluiting door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken als huisarbeider werkende kinderbegeleider. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het eerste lid, geldt de beslissing als bevestigd.

De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening. Indien mogelijk waarborgt de dienst voor onthaalouders overeenkomstig artikel 66 de continuïteit van de opvang van het kind.

§ 3 – Tegelijkertijd met de in § 2, tweede lid, vermelde bevestiging van de beslissing, dan wel, indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend, na het verstrijken van de in § 2, eerste lid, vermelde termijn, deelt de Minister aan de betrokken als huisarbeider werkende kinderbegeleider mee binnen welke termijn de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, moeten worden verholpen.

De in het eerste lid vermelde termijn om de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, te verhelpen, kan door de Minister worden verlengd.

Als de als huisarbeider werkende kinderbegeleider de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, binnen de door de Minister vastgelegde termijn verhelpt, heft de Minister de voorlopige sluiting onmiddellijk op. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de kinderopvangvoorziening.

De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen."

Art. 79 – In artikel 171, tweede lid, 10°, van hetzelfde besluit worden de woorden "lichamelijke of geestelijke beperking" vervangen door de woorden "beperking of psychische stoornis".

Art. 80 – In artikel 178, § 2, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:
1° in de bepaling onder 3° wordt de puntkomma op het einde van de zin vervangen door een punt;
2° de bepaling onder 4° wordt opgeheven.

Art. 81 – In artikel 179, § 1, van hetzelfde besluit wordt het woord "cumulatieve" opgeheven.

Art. 82 – In artikel 180 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:
1° paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – Het initiatief voor occasionele kinderopvang bepaalt een hoofdverantwoordelijke die minstens voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 178, § 2.

Artikel 88, § 5, is van toepassing op de hoofdverantwoordelijke van het initiatief voor occasionele kinderopvang."

2° in § 3, eerste lid, worden de woorden ", 1° en 2°" opgeheven.

Art. 83 – Artikel 181 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 84 – In artikel 186 van hetzelfde besluit worden de woorden "Artikel 26 en de artikelen 30 tot 31" vervangen door de woorden "Artikel 26, artikel 28.1 en de artikelen 30 tot 31".

Art. 85 – Artikel 193 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 193 – Voor de organisatie van het initiatief voor occasionele kinderopvang krijgt de organiserende instantie een forfaitair bedrag van 76,50 euro per openingsdag en een aanvullend forfaitair bedrag van 5,10 euro per aanwezig kind, waarbij voor elk van die bedragen als voorwaarde geldt dat een gemiddelde aanwezigheid van minstens vijf kinderen per kalenderjaar bereikt wordt. De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per kalenderjaar te delen.

In afwijking van het eerste lid worden de daarin vermelde forfaitaire bedragen per openingsdag verlaagd tot 6,00 euro, als de organiserende instantie een personeelssubsidie krijgt overeenkomstig het decreet van 5 mei 2014 tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten of overeenkomstig het besluit van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

Art. 86 – In artikel 196 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:
1° in het tweede lid, 7°, wordt het woord "infrastructuur" vervangen door het woord "ruimten";
2° in het tweede lid wordt de bepaling onder 16° opgeheven;
3° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Indien het gaat om de voorlopige erkenning van een initiatief voor occasionele kinderopvang dat overeenkomstig artikel 7, tweede en derde lid, van het decreet of overeenkomstig andere bepalingen van dit besluit ertoe verplicht is de veiligheid van de ruimten van zijn kinderopvangvoorzieningen te bewijzen met een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant, moet dat advies over de brandveiligheid van de ruimten waar de kinderopvang plaatsvindt, dat niet ouder mag zijn dan twee maanden, ook worden ingediend;

Art. 87 – In artikel 197, § 1, van hetzelfde besluit worden de woorden "en 16°" vervangen door de woorden ", en derde lid".

Art. 88 – In artikel 205, derde lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 juli 2021, worden de woorden "31 augustus 2025" vervangen door de woorden "31 december 2023".

Art. 89 – In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 207.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.1 – Indien de resultatenrekening van de locatie voor buitenschoolse opvang op het einde van het kalenderjaar 2023, rekening houdend met alle ontvangsten, een tekort vertoont, dan neemt de Duitstalige Gemeenschap dat tekort volledig voor haar rekening, voor zover de locatie voor buitenschoolse opvang de bepalingen van de artikelen 113 tot 119 naleeft."

Art. 90 – In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 207.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.2 – § 1 – In afwijking van de artikelen 88 en 110 worden de kinderbegeleiders of begeleiders die op 31 december 2023 voor een dienst werken en aan de op dat tijdstip geldende diploma-voorwaarden, maar niet aan de vanaf 1 januari 2024 geldende voorwaarden voldoen, door de Minister van ambtswege voor onbepaalde duur toegelaten als kinderbegeleider.

§ 2 – In afwijking van artikel 153 laat de Minister de aangesloten onthaalouders die op grond van artikel 45, § 1, tweede lid, van het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap een aanbod als werknemer bij het centrum voor kinderopvang aannemen en niet over een van de in artikel 88, § 5, vermelde diploma's en getuigschriften beschikken, van ambtswege voor onbepaalde duur toe als kinderbegeleider.

§ 3 – In afwijking van artikel 180 laat de Minister de hoofdverantwoordelijken van een initiatief voor occasionele kinderopvang die op 31 december 2023 voor een initiatief voor occasionele kinderopvang werken en aan de op dat tijdstip geldende diplomavooraanwaarden, maar niet aan de vanaf 1 januari 2024 geldende voorwaarden voldoen, van ambtswege voor onbepaalde duur toe als hoofdverantwoordelijke van een initiatief voor occasionele kinderopvang."

Art. 91 – In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een artikel 207.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 207.3 – Het centrum vergoedt de reiskosten van de leden van de adviescommissie voor kinderopvang overeenkomstig het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 92 – De bijlage van hetzelfde besluit wordt vervangen door bijlage 1 gevoegd bij dit besluit.

Art. 93 – Hetzelfde besluit wordt aangevuld met een bijlage 2 die als bijlage 2 is gevoegd bij dit besluit.

HOOFDSTUK 2 – WIJZIGING VAN HET BESLUIT VAN DE REGERING VAN 22 MEI 2014 BETREFFENDE DE ZELFSTANDIGE ONTHAALoudERS

Art. 94 – In artikel 2 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° kinderopvang: overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 2°, van het decreet, de regelmatige opvang van kinderen in vastgelegde ruimten, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding, met uitzondering van de activiteiten die vorming, onderwijs, jeugd, jeugdbijstand, cultuur, toerisme of sport als hoofddoel hebben;"

2° in de bepaling onder 8° worden de woorden "meer dan vijf uur" vervangen door de woorden "vijf uur of meer";

3° in de bepaling onder 9° worden de woorden "meer dan drie uur en van hoogstens" vervangen door de woorden "drie uur of meer, maar van minder dan";

4° in de bepaling onder 10° wordt het woord "hoogstens" vervangen door de woorden "minder dan";

5° de bepaling onder 11°, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"11° centrum: het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap opgericht bij het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap;"

6° de bepaling onder 16°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt opgeheven;

7° de bepaling onder 17°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt vervangen als volgt:

"17° webportaal: een digitaal platform voor kinderopvang dat door de Regering ter beschikking wordt gesteld van de dienstverrichters en de personen belast met de opvoeding. Het dient om de personen belast met de opvoeding te informeren, om plaatsen in de kinderopvang aan te vragen, te beheren en toe te wijzen, alsook om de erkennings- en subsidiëringsvoorwaarden te controleren."

Art. 95 – Artikel 6 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 20 mei 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 6 – De bedragen vastgelegd in de artikelen 29, 29.2, 30, 31, 50.1 en 58.1 zijn gekoppeld aan de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap op basis van de spilindex 138,01.

Het in artikel 29.3 vastgelegde maximumbedrag van het gezinsinkomen wordt op basis van de evolutie van de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap aangepast aan de spilindex 138,01 van de maand december van het inkomstenjaar in kwestie.

De in artikel 29.3 vastgelegde subsidies en dagtarieven worden op basis van de evolutie van de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap jaarlijks in juli aangepast aan de spilindex 138,01 van de maand december van het vorige jaar."

Art. 96 – Artikel 7 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 7 – De zelfstandige onthaalouders dienen de stukken vermeld in artikel 7, eerste lid, van het decreet in voordat ze van start gaan met hun activiteit."

Art. 97 – Artikel 8, § 3, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 september 2022 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"In afwijking van paragraaf 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders een afwijking van de

vastgelegde onderste leeftijdsgrens aanvragen, voor zover ze minstens 18 jaar oud zijn en minstens beschikken over een van de diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 18.1 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan."

Art. 98 – Artikel 10, 2°, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"2° te bewijzen dat ze een EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen hebben voltooid of zo'n cursus te voltooien binnen een jaar nadat ze met de activiteit van start gaan. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist. De diploma's en getuigschriften vermeld in artikel 8, § 3, eerste lid, gelden tot twee jaar na het behalen ervan als voltooide EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen;"

Art. 99 – Artikel 19 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 19 – § 1 – De zelfstandige onthaalouders hebben een opvangcapaciteit van hoogstens vier plaatsen.

§ 2 – In afwijking van paragraaf 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders een aanvraag indienen om hun opvangcapaciteit uit te breiden tot hoogstens zes plaatsen.

Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een standpunt op en zendt het dat standpunt over aan de Minister.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het standpunt van het centrum, dan wel na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de uitbreiding van de opvangcapaciteit wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De uitbreiding van de opvangcapaciteit is mogelijk op voorwaarde dat de ruimtelijke mogelijkheden dit toelaten. De uitbreiding kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

Het departement voegt de toekenning van de uitbreiding van de opvangcapaciteit toe aan het erkenningsdossier van de zelfstandige onthaalouder.

§ 3 – De zelfstandige onthaalouders mogen hoogstens vier baby's of peuters en in totaal hoogstens zes kinderen tegelijk opvangen, waarbij de eigen kinderen van nul tot zes jaar in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Als de opvangcapaciteit met toepassing van paragraaf 2 wordt uitgebreid, wordt ook het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's en peuters én het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen dienovereenkomstig verhoogd."

Art. 100 – In artikel 23 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° § 1, derde lid, wordt opgeheven;
- 2° paragraaf 2 wordt opgeheven;
- 3° paragraaf 3 wordt opgeheven.

Art. 101 – In artikel 25 van hetzelfde besluit worden de woorden "ontvangen van het departement de fiscale attesten voor de personen belast met de opvoeding, vullen die attesten in en zenden ze door aan de personen belast met de opvoeding" vervangen door de woorden "vullen de fiscale attesten

voor de personen belast met de opvoeding in".

Art. 102 – In artikel 29.2 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, derde lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "het maximumaantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen," vervangen door de woorden "de opvangcapaciteit";

2° in § 1, vierde lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "het in artikel 19, § 2, vermelde maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters" vervangen door de woorden "de in artikel 19, § 2, vermelde opvangcapaciteit";

3° in § 1, vierde lid, 1°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "een verhoging van het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters," vervangen door de woorden "een uitbreiding van de opvangcapaciteit".

Art. 103 – Artikel 29.3 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 29.3 – § 1 – De zelfstandige onthaalouders kunnen een subsidie krijgen van 22,95 euro per hele dag waarop ze een baby of peuter opvangen, 13,77 euro per halve dag waarop ze een baby of peuter opvangen of 9,18 euro per 1/3-dag waarop ze een baby of peuter opvangen, als ze aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° minstens een van de personen belast met de opvoeding die een beroep doen op de opvang heeft recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging in de zin van artikel 37, § 19, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994;

2° de factuur voor de in 1° vermelde personen bevat een verwijzing naar de in dit lid vermelde subsidie van de Duitstalige Gemeenschap per hele opvangdag.

§ 2 – De zelfstandige onthaalouders kunnen een subsidie krijgen van hoogstens 10,20 euro per hele dag waarop ze een baby of peuter opvangen, 6,12 euro per halve dag waarop ze een baby of peuter opvangen of 4,08 euro per 1/3-dag waarop ze een baby of peuter opvangen, als ze aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° het gezinsinkomen van de personen die een beroep doen op de opvang bedraagt minder dan 21.961,93 euro met toepassing van artikel 83 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

2° de factuur voor de in 1° vermelde personen bevat een verwijzing naar de in dit lid vermelde subsidie van de Duitstalige Gemeenschap per hele opvangdag.

Het gezinsinkomen wordt bepaald door het centrum. Als het inkomen lager is dan het maximumbedrag vastgelegd in het eerste lid, 1°, deelt het centrum dat mee aan de zelfstandige onthaalouder en aan het departement.

§ 3 – In afwijking van de §§ 1 en 2 kunnen de zelfstandige onthaalouders die subsidie niet voor de opvang van hun eigen kinderen krijgen.

Als de zelfstandige onthaalouders eigen kinderen opvangen, lichten ze het departement schriftelijk daarover in voordat ze van start gaan met de opvang.

§ 4 – De in de §§ 1 en 2 vermelde subsidies kunnen telkens hoogstens voor één kind toegekend worden. Ze kunnen niet voor hetzelfde kind toegekend worden."

Art. 104 – Artikel 29.4 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt opgeheven.

Art. 105 – In artikel 31 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 april 2018 en 20 mei 2021, wordt vernummerd tot § 1, eerste lid;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 – In afwijking van paragraaf 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders die aanvullende subsidie niet voor de opvang van hun eigen kinderen krijgen.

Als de zelfstandige onthaalouders eigen kinderen opvangen, lichten ze het departement schriftelijk daarover in voordat ze van start gaan met de opvang."

Art. 106 – In artikel 32 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"De zelfstandige onthaalouders vragen de subsidies vermeld in de artikelen 29 tot 31 aan via het webportaal."

2° het vierde lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, wordt opgeheven.

Art. 107 – In artikel 33, tweede lid, 3°, van hetzelfde besluit worden de woorden "het aangevraagde maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen" vervangen door de woorden "de aangevraagde opvangcapaciteit".

Art. 108 – In artikel 34 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, derde lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "In de erkenning wordt" vervangen door de woorden "In de erkenning worden de opvangcapaciteit en";

2° in § 2, vierde lid, worden de woorden "In de erkenning wordt" vervangen door de woorden "In de erkenning worden de opvangcapaciteit en".

Art. 109 – Artikel 41 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 41 – § 1 – In afwijking van de artikelen 39 en 40 kan de Minister een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig voor onbepaalde duur sluiten om een van de volgende redenen:

1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;

2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;

3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen kennelijk geschonden worden.

De Minister beslist op grond van een advies van de inspectie en door middel van een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening heeft de schorsing van de erkenning van de zelfstandige onthaalouder tot gevolg en dit voor de duur van de voorlopige sluiting.

§ 2 – De Minister deelt zijn beslissing tot voorlopige sluiting zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken zelfstandige onthaalouder. De zelfstandige onthaalouder kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de beslissing, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. De betrokkene wordt dan gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief. Het verzoek om te worden gehoord heeft geen opschortende werking.

Nadat de betrokkene is gehoord, wordt de beslissing tot voorlopige sluiting door de Minister bevestigd of opgeheven. De Minister deelt zijn beslissing zo snel mogelijk per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief mee aan de betrokken zelfstandige

onthaalouder. Indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend binnen de termijn vermeld in het eerste lid, geldt de beslissing als bevestigd.

Het centrum ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening.

§ 3 – Tegelijkertijd met de in § 2, tweede lid, vermelde bevestiging van de beslissing, dan wel, indien er geen verzoek om te worden gehoord is ingediend, na het verstrijken van de in § 2, eerste lid, vermelde termijn, deelt de Minister aan de betrokken zelfstandige onthaalouder mee binnen welke termijn de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, moeten worden verholpen.

De in het eerste lid vermelde termijn om de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, te verhelpen, kan door de Minister worden verlengd.

Als de zelfstandige onthaalouder de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid, binnen de door de Minister vastgelegde termijn verhelpt, heft de Minister de voorlopige sluiting onmiddellijk op. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de kinderopvangvoorziening.

Het centrum ontvangt een afschrift van de in deze paragraaf vermelde beslissingen."

Art. 110 – In artikel 42 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "schorsing van de erkenning wordt bevestigd overeenkomstig artikel 41, § 1, vierde lid" vervangen door de woorden "voorlopige sluiting wordt bevestigd overeenkomstig artikel 41, § 2, tweede lid";

2° het tweede lid wordt aangevuld met de woorden "of de voorlopige sluiting wordt bevestigd, dan wel, indien er geen verzoek is ingediend om te worden gehoord, overeenkomstig artikel 41, § 2, eerste lid, na het verstrijken van de daarin vermelde termijn".

Art. 111 – Artikel 43, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Indien de zelfstandige onthaalouder na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 40 de verplichtingen nog altijd niet nakomt of indien de omstandigheden die tot de voorlopige sluiting hebben geleid na het verstrijken van de termijn vermeld in artikel 41, § 3, niet verholpen zijn, trekt de Minister de erkenning op grond van een advies van de inspectie in."

Art. 112 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 113 – In artikel 48 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "artikel 18, § 1, artikel 19 en artikel 29.2, § 1" vervangen door de woorden "artikel 18, § 1, en artikel 29.2, § 1".

Art. 114 – In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017, 19 april 2018, 20 mei 2021, 22 september 2022 en 22 december 2022, wordt een artikel 49.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 49.1 – De opvangcapaciteit van een opvangvoorziening van zelfstandige mede-onthaalouders stemt hoogstens overeen met de som van de met toepassing van artikel 19 vastgelegde opvangcapaciteiten van de zelfstandige onthaalouders die hun activiteit in die opvangvoorziening uitoefenen.

Daartoe dienen de zelfstandige mede-onthaalouders een schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een standpunt op en zendt het dat standpunt over aan de Minister.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het standpunt van het centrum, dan wel na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister over de opvangcapaciteit."

Art. 115 – Artikel 50 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 50 – Ongeacht het overeenkomstig artikel 19, § 3, vastgelegde maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen kunnen de kinderen die worden opgevangen door een zelfstandige onthaalouder die plots ziek wordt, hoogstens per drie tegelijk aan een andere zelfstandige onthaalouder worden toevertrouwd met het oog op opvang, zonder dat het aantal van negen gelijktijdig aanwezige kinderen per zelfstandige onthaalouder mag worden overschreden. De ziekte wordt gestaafd met een door een arts uitgereikt ziekteattest.

De afwijking vermeld in het eerste lid is beperkt tot een periode van hoogstens veertien kalenderdagen per ziektegeval.

De afwijking moet onmiddellijk schriftelijk worden meegedeeld aan het departement, bij voorkeur via e-mail."

Art. 116 – In artikel 50.1, § 2, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "het maximumaantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen, vermeld in artikel 50, §§ 1 en 2" vervangen door de woorden "de in artikel 19, § 1, vermelde opvangcapaciteit";

2° in het tweede lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden in de inleidende zin de woorden "het in artikel 19, § 2, vermelde maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters" vervangen door de woorden "de in artikel 19, § 2, vermelde opvangcapaciteit";

3° in het tweede lid, 1°, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de woorden "een verhoging van het maximale aantal gelijktijdig opgevangen baby's of peuters," vervangen door de woorden "een uitbreiding van de opvangcapaciteit".

Art. 117 – In artikel 50.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden "De aangepaste subsidie vermeld in artikel 29.3 wordt" vervangen door de woorden "De aangepaste subsidies vermeld in artikel 29.3 worden".

Art. 118 – In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017, 19 april 2018, 20 mei 2021, 22 september 2022 en 22 december 2022, wordt een artikel 58.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 58.3 – In afwijking van artikel 19 geldt als opvangcapaciteit voor de zelfstandige onthaalouders die op 1 januari 2024 reeds erkend zijn: het op dat tijdstip vastgelegde maximale aantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen."

Art. 119 – In de bepaling onder 4° van de bijlage van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 mei 2021, worden de woorden ", met uitzondering van de verminderde ouderbijdragen vermeld in artikel 23, § 2" opgeheven.

HOOFDSTUK 3 – WIJZIGING VAN HET BESLUIT VAN DE REGERING VAN 12 JULI 2001 TOT HARMONISATIE VAN HET PRESENTIEGELD EN VAN DE REISVERGOEDINGEN IN INSTELLINGEN EN RADEN VAN BEHEER VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

Art. 120 – Artikel 1, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 3 december 2020, wordt aangevuld met een streepje, luidende:

"- het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

HOOFDSTUK 4 – SLOTBEPALINGEN

Art. 121 – Het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap treedt in werking op 1 januari 2024, met uitzondering van artikel 29, dat uitwerking heeft met ingang van 3 juli 2023.

Art. 122 – Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024, met uitzondering van:

1° artikel 120, dat uitwerking heeft met ingang van 3 juli 2023;

2° artikel 91, dat uitwerking heeft met ingang van 1 september 2023.

Art. 123 – De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
L. KLINKENBERG

Bijlage 1 bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders en het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap

Bijlage 1 bij het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang

Totaal belastbaar jaarinkomen	Bijdrage van de personen belast met de opvoeding en reservatiegeld in EUR								
Inkomen in EUR	Hele dagen		Halve dagen		Langdurige opvang		1/3-dag		Reservatiegeld
Van	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief langdurige opvang	Korting	Tarief per 1/3-dag	Korting	
0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	75,000
22.525,059	4,590	3,213	2,754	1,928	7,345	5,141	1,836	1,285	175,000
28.156,322	6,121	4,284	3,672	2,571	9,793	6,855	2,448	1,714	225,000
33.787,586	7,651	5,356	4,590	3,213	12,241	8,569	3,060	2,142	225,000
39.418,851	9,181	6,427	5,509	3,856	14,689	10,283	3,672	2,571	225,000
45.050,116	10,711	7,498	6,427	4,499	17,138	11,996	4,284	2,999	275,000
50.681,381	12,241	8,569	7,345	5,141	19,586	13,710	4,896	3,428	275,000
56.312,646	13,771	9,640	8,263	5,784	22,034	15,424	5,509	3,856	325,000
61.943,910	15,301	10,711	9,181	6,427	24,482	17,138	6,121	4,284	375,000
67.575,175	16,832	11,782	10,099	7,069	26,931	18,851	6,733	4,713	375,000
73.206,440	18,362	12,853	11,017	7,712	29,379	20,565	7,345	5,141	375,000
78.837,705	19,892	13,924	11,935	8,355	31,827	22,279	7,957	5,570	375,000
84.468,969	21,422	14,995	12,853	8,997	34,275	23,993	8,569	5,998	375,000
90.100,234	22,952	16,067	13,771	9,640	36,723	25,706	9,181	6,427	375,000

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders en het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

Eupen, ...

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
L. KLINKENBERG

Bijlage 2 bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders en het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap

Bijlage 2 bij het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang

Totaal belastbaar jaarinkomen	Bijdrage van de personen belast met de opvoeding in EUR											
Inkomen in EUR	Hele dagen		Halve dagen		Langdurige opvang		1/3-dag		Twee uur		Eerste uur	
Vanaf	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief langdurige opvang	Korting	Tarief 1/3-dag	Korting	Tarief voor twee uur	Korting	Tarief eerste uur	Korting
0,000	1,530	1,071	0,918	0,643	2,448	1,714	0,612	0,428	0,383	0,268	0,000	0,000
16.893,794	3,060	2,142	1,836	1,285	4,896	3,428	1,224	0,857	0,765	0,536	0,000	0,000
22.525,059	4,590	3,213	2,754	1,928	7,345	5,141	1,836	1,285	1,148	0,803	0,000	0,000
28.156,322	6,121	4,284	3,672	2,571	9,793	6,855	2,448	1,714	1,530	1,071	0,000	0,000
33.787,586	7,651	5,356	4,590	3,213	12,241	8,569	3,060	2,142	1,913	1,339	0,000	0,000
39.418,851	9,181	6,427	5,509	3,856	14,689	10,283	3,672	2,571	2,295	1,607	0,000	0,000
45.050,116	10,711	7,498	6,427	4,499	17,138	11,996	4,284	2,999	2,678	1,874	0,000	0,000
50.681,381	12,241	8,569	7,345	5,141	19,586	13,710	4,896	3,428	3,060	2,142	0,000	0,000
56.312,646	13,771	9,640	8,263	5,784	22,034	15,424	5,509	3,856	3,443	2,410	0,000	0,000
61.943,910	15,301	10,711	9,181	6,427	24,482	17,138	6,121	4,284	3,825	2,678	0,000	0,000
67.575,175	16,832	11,782	10,099	7,069	26,931	18,851	6,733	4,713	4,208	2,946	0,000	0,000
73.206,440	18,362	12,853	11,017	7,712	29,379	20,565	7,345	5,141	4,590	3,213	0,000	0,000
78.837,705	19,892	13,924	11,935	8,355	31,827	22,279	7,957	5,570	4,973	3,481	0,000	0,000
84.468,969	21,422	14,995	12,853	8,997	34,275	23,993	8,569	5,998	5,356	3,749	0,000	0,000
90.100,234	22,952	16,067	13,771	9,640	36,723	25,706	9,181	6,427	5,738	4,017	0,000	0,000

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders en het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
L. KLINKENBERG